



Dies ist eine Leseprobe von Klett-Cotta. Dieses Buch und unser
gesamtes Programm finden Sie unter www.klett-cotta.de

WOLFGANG
SCHÄUBLE

ERINNERUNGEN

Mein Leben in der Politik

Mitarbeit
HILMAR SACK UND JENS HACKE

KLETT-COTTA

Klett-Cotta

www.klett-cotta.de

Dieses Werk wurde vermittelt durch die Literarische Agentur Gaeb & Eggers

© 2024 by J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger GmbH, gegr. 1659, Stuttgart

Alle Rechte vorbehalten

Cover: Rothfos & Gabler, Hamburg

unter Verwendung einer Abbildung von © Steffen Roth

Gesetzt von Dörlemann Satz, Lemförde

Gedruckt und gebunden von Friedrich Pustet GmbH & Co. KG, Regensburg

ISBN 978-3-608-98704-1

E-Book ISBN 978-3-608-12329-6

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der

Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten

sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

INHALT

Über Kreise, die sich schließen – Ein Vorwort	7
I. Was nachwirkt: Herkunft – Prägungen – Überzeugungen	17
II. Erlebter Parlamentarismus – Erste Jahre in Bonn	71
III. Aufstieg im »System Kohl«: Aus dem Parlament ins Kanzleramt	107
IV. Zuständig für »ein fernes Land«: Deutschlandpolitik am Ende des Kalten Krieges	171
V. Neun Tage im Oktober – Deutsche Einheit und Attentat	241
VI. Reformwille und Blockaden – Die Jahre im Fraktionsvorsitz	293
VII. Oppositionsführer, Sturz und Neuanfang	355
VIII. Kein »Ende der Geschichte« – Neue Herausforderungen als Innenminister	395
IX. Rendezvous mit der Globalisierung: Als Finanzminister im Zentrum neuer Krisen	455

X. Demokratie und offene Gesellschaft im Stresstest: An der Parlamentsspitze	561
XI. Verwegenheit stiften – Was bleibt	609
Editorische Notiz	623

ANHANG

Zeittafel	631
Auswahlbibliografie	635
Bildnachweis	639
Personenregister	641

4. JULI 1954. BERN, STADION WANKDORF. Zur selben Zeit in Hornberg im Schwarzwald – aus dem Radio eine aufgeregte Stimme: »Bozsik, immer wieder Bozsik, der rechte Läufer der Ungarn am Ball. Er hat den Ball – verloren diesmal, gegen Schäfer. Schäfer nach innen geflankt. Kopfball – abgewehrt. Aus dem Hintergrund müsste Rahn schießen – Rahn schießt – Toooooor! Toooooor! Toooooor! Toooooor!«

Ist es zu klischeebehaftet, die Schilderung einer deutschen Nachkriegsjugend mit dem »Wunder von Bern« zu beginnen? Wie immer liegt auch in diesem Klischee mehr als ein Körnchen Wahrheit. Der Sieg über Ungarn im Finale der Fußballweltmeisterschaft 1954 war das prägende Erlebnis meiner Jugend. Auch Jahrzehnte später, und wäre die Nacht nach stundenlangen Verhandlungen in Brüssel noch so kurz gewesen, hätte ich die Namen der Mannschaft von Sepp Herberger im Schlaf aufsagen können.

An diesem 4. Juli '54 tat ich vor Spielbeginn lautstark kund, dass wir natürlich gewinnen würden, ein Optimist war ich schon als Kind. Von solchen Prophezeiungen hielt mein Vater gar nichts. Als die Ungarn schnell 2:0 in Führung gingen, verlor er, völlig ungewöhnlich für ihn, die Beherrschung und klebte mir eine, mit dem lauten Ausruf: »Das hasch jetzt davon!« – als wäre ich an den Gegentoren schuld gewesen. Das Gebrüll, das ich danach anstimmte, kippte bald in Triumphgeheul um, weil ich doch recht behielt und »wir« gegen die hochfavorisierten Ungarn tatsächlich Weltmeister wurden.

Fußball, Sport im Allgemeinen, war mir damals furchtbar wichtig – und ist es mir ein Leben lang geblieben. Immer wieder blitzen in diesem Buch große Sportmomente auf, die sich mir ins Gedächtnis gebrannt haben und die nicht selten mein Erinnern strukturieren. In meiner Kindheit wurde nach der Schule mit meinen beiden Brüdern und Freunden draußen gekickt, wenn

ich Torwart spielte mit Knieschützern, die mir meine Mutter gestrickt hatte. In der Jugend geht es im Fußball schon ziemlich robust zur Sache. Einer der älteren Mitspieler gab mir einmal zu verstehen: »Du musst selber austeilen. Denn wenn du selbst austeilst, musst du weniger einstecken.« Diesen Rat-schlag habe ich nicht vergessen – und ich habe die Erfahrung gemacht, dass er manchmal auch außerhalb des Platzes zutrifft.

Ich war schnell, kam über die Flügel, da ich aber relativ klein und schwäch-tig bin, war ich schon körperlich nicht der beste Fußballer und sicher kein Führungsspieler. Das gehört wohl leider zu den Defiziten meiner Biografie. Ehrgeiz zeigte ich dennoch schon damals. Die kolportierte Geschichte, dass ich bei einer drohenden Niederlage einfach den Ball, der mir gehörte (ein Privileg!), unter den Arm nahm und nach Hause ging, mag ich aber nicht bestätigen. Ich widerspreche allerdings auch meinem jüngeren Bruder nicht, der gesagt hat, sollte die Geschichte nicht stimmen, sei sie zumindest gut er-funden.

Als Kind war mir natürlich überhaupt nicht bewusst, dass der Titelgewinn 1954 im kollektiven Empfinden zu einer mythischen Gründungserzählung der Bundesrepublik taugte. Ich hätte es auch nicht verstanden, für mich war es einfach Fußball. Die private Erinnerung und ein sich über Generationen verfestigendes Geschichtsbild müssen eben nicht deckungsgleich sein. Dass individuelles Erinnern und kollektives Gedächtnis sogar ein ungemein span-nungsreiches Verhältnis eingehen können, ist eine Erfahrung, die wir Deut-schen im Umgang mit unserer wechselhaften Geschichte immer wieder ma-chen.

Prominente Vorbilder hatte ich in meinem Leben keine, wenn es aber ein Idol meiner Jugend gab, dann war es Fritz Walter, der Kapitän der Weltmeis-termannschaft. Genau zwanzig Jahre nach dem ersten Titel, als Deutschland in München wieder im Endspiel einer Fußballweltmeisterschaft stand, saß ich im Olympiastadion ausgerechnet neben ihm. Obwohl noch ein junger Abgeordneter in der ersten Legislaturperiode, durfte ich als Obmann meiner Fraktion im Bundestagssportausschuss auf der Ehrentribüne Platz nehmen. So saß ich da in einer Reihe nicht nur mit Fritz Walter, sondern auch mit Pél . Zu meinen Teamkollegen im FC Bundestag, der Abgeordnetenfußball-mannschaft, in der ich mitspielte, sagte ich später gern scherzhaft: »Da saßen die bedeutendsten drei Fußballer in einer Reihe ...« Es war ein unvergessli-ches Erlebnis, der Jubel nach dem Schlusspfiff groß. Auf Fotos von der Pokal-

übergabe an Franz Beckenbauer ist im Hintergrund neben mir auch meine Frau zu sehen. Sogar mein Sohn war damals dabei – noch in ihrem Bauch. Die Fußballbegeisterung, die er mit mir teilt, wird hier ihren Ausgang genommen haben.

Ich hatte Fritz Walter als Schüler angeschrieben und um ein Autogramm gebeten. Den handschriftlichen Briefentwurf bewahrte meine Mutter lange auf, deshalb konnte ich ihn Fritz Walter später zeigen, als sich unsere Wege in meiner Zeit als für den Sport zuständiger Bundesinnenminister erneut kreuzten. Der kindliche Brief rührte ihn sichtlich – so wie es mich bewegt hat, als er mich 1990 nach dem Attentat in der Klinik anrief. Er hatte mich sogar besuchen wollen, was ihm gesundheitlich jedoch nicht möglich war, wenigstens mit mir telefonieren wollte er aber unbedingt. Das WM-Finale '74 habe ich also nicht allein wegen des gewonnenen Titels in Erinnerung. Unvergessen bleibt mir, wie Fritz Walter mit den Spielern auf dem Rasen des Münchner Olympiastadions mitfieberte. Im Triumphzug war er '54 durch Deutschland gefahren, durch ein geteiltes Land. Das »Wunder von Bern« – man muss sich das immer wieder bewusst machen – vollzog sich kein Jahrzehnt nach Ende des Zweiten Weltkriegs, in dem Fritz Walter Soldat gewesen war. Die bedingungslose Kapitulation hatte er im Kriegsgefangenenlager nahe der Ukraine erlebt. Obwohl furchtbar geschwächt, soll er dort mit Lagerpolizisten Fußball gespielt haben, die ihn vor dem Abtransport nach Sibirien bewahrten. Reich geworden ist keiner der Helden von '54. Von den beiden Torschützen eröffnete Max Morlock einen Kiosk für Tabak und Zeitschriften in Nürnberg, der »Boss« Helmut Rahn wurde Gebrauchtwagenhändler. Fritz Walters Bruder Ottmar betrieb eine Tankstelle in Kaiserslautern. Und nun fieberte dieser grundbescheidene Mann mit Beckenbauer, Netzer & Co, alles begnadete Fußballer – und längst abgebrühte Profis, internationale Stars. Was für ein Unterschied, dachte ich mir schon damals. Was für eine unglaubliche Entwicklung – auch wenn die goldene Generation der Siebziger noch weit entfernt war von der Abgezocktheit des Milliardengeschäfts heute. Vor allem aber: was für ein Wandel, den dieses Land in so kurzer Zeit, von einer Generation zur nächsten, vollzogen hatte.

Ehrgeiz, Leistungsbereitschaft, der Wille zum Erfolg, aber auch Bodenständigkeit, Heimatverbundenheit, Bescheidenheit – und vor allem Anstand: Das alles verbinde ich mit Fritz Walter. Es sind prägende Werte, die auch meinen Eltern wichtig waren. Als Anspruch und Leitwerte haben sie mich ein Leben

lang begleitet – selbst wenn ich bestimmt nicht allen immer gleichermaßen gerecht wurde. Wer und was wir sind, speist sich ganz wesentlich aus den Erfahrungen und Erzählungen in unseren Familien. Auch davon soll im Folgenden die Rede sein, wenn ich auf meinen Weg in die Politik zurückblicke. Es geht – nicht streng chronologisch, sondern mehr in Schlaglichtern – um Prägungen durch meine Herkunft und durch das, was in meiner Familie vorgelebt wurde. Um Überzeugungen, die sich aus den Zeitumständen herausgebildet haben, und um das, was Halt im Leben gab und Orientierung für ein politisches Leben gibt.

HEIMAT SCHWARZWALD UND DER HALT IN DER FAMILIE

Der Schwarzwald hat mich geprägt – es ist nicht zu leugnen: bis in meine Sprachfärbung. Er ist meine Heimat. Dieser sehr deutsche Begriff drückt viel von dem aus, was mir wichtig ist: Herkunft, Nähe und Vertrautheit, Tradition. Der aufopferungsvolle Kampf, den die Ukrainer derzeit für ihre Heimat führen, hat mir noch einmal bewusst gemacht, dass wir alle, die wir in den vergangenen 75 Jahren in Deutschland aufwuchsen, zu glücklichen Generationen zählen. Denn wir durften in Zeiten leben, in denen uns der äußerste Einsatz für die Heimat erspart geblieben ist. Es würde mir sehr schwerfallen, auf meine Heimat verzichten zu müssen – auch wenn ich stets versuche, mir auch die Neugier auf das Fremde zu bewahren. Aber der Mensch braucht Wurzeln.

Ich bezeichne mich gern als ein Kind des ländlichen Raumes. Lärmende Metropolen wie New York oder Paris faszinieren mich, aber dauerhaft leben wollte ich dort nicht. Aufgewachsen bin ich in Hornberg, einer Kleinstadt mit 4000 Einwohnern. Das Städtchen ist allenfalls durch das berühmte »Hornberger Schießen« bekannt, bei dem der Legende nach statt scharfer Munition ein kernig gerufenes »Piff Paff« zum Einsatz kam, und über das ich deshalb gern als erste Abrüstungsinitiative der Weltgeschichte spotte. Die kleinstädtische Gesellschaft Hornbergs war eine begrenzte Welt. Großstadt – das war damals für uns Kinder schon, wenn wir zu Onkel und Tante nach Mannheim fuhren. Da gab es Eisdielen und Partys in Kellern. Und Luzern, wo ich einmal die Schulferien bei einer Tante verbringen durfte, hatte für uns schon etwas von Hollywood. Angesichts der vernetzten Welt meiner Enkel wird mir erst

richtig bewusst, wie klein und beengt die Welt meiner Kindheit und Jugend war.

Ich bin darin behütet aufgewachsen. Vielleicht ging mir deshalb das Kosmopolitische immer etwas ab. Andere mögen weltoffener sein, mobiler, mehrere Sprachen sprechen – dafür habe ich, was mich erdet: das Vertrauen zueinander und den Zusammenhalt in einem bekannten und geliebten Umfeld. In existenziellen Krisen rückt die Familie in den Mittelpunkt. Als ich nach dem Attentat im Krankenhaus lag, haben mir meine Eltern jeden Tag eine Karte geschrieben. Das war alles, was sie in dieser Situation tun konnten, aber sie taten es jeden Tag. Ein starker Familienverbund ist für mich eine Kraftquelle. Dass es meiner Frau und mir gelungen ist, seit dem Attentat mit unseren Kindern und später den Enkeln jährlich zusammen an der Nordsee Urlaub zu machen, und mir meine Kinder trotz der häufigen Abwesenheit, die meine politische Karriere mit sich brachte, heute sagen, ich sei da gewesen, wenn es nötig war: Das macht mich glücklich und – obwohl meine Frau für den Zusammenhalt der Familie immer entscheidend gewesen ist – auch ein wenig stolz.

Meine Familiengeschichte ist für das 20. Jahrhundert recht charakteristisch. Meine Eltern gehörten in der frühen Bundesrepublik zu den typischen Aufsteigern aus der Mittelschicht. Mein Vater stammte aus bescheidenen Verhältnissen. Sie ließen nicht zu, dass er, obwohl ein begabter Schüler, Abitur machen konnte. Die Schule verließ er nach der Mittleren Reife, um eine kaufmännische Lehre zu absolvieren. Bei der Buntweberei Hornberg arbeitete er sich bis zum kaufmännischen Leiter hoch. Die Krise der Weberei hat er früh antizipiert und neben seinem Beruf eine Ausbildung zum Helfer in Steuerangelegenheiten gemacht. Mitte der fünfziger Jahre wagte er sich mit einem Kundenstamm aus Kleinbetrieben, Handwerkern und Gaststätten in die Selbstständigkeit. Am Ende schaffte er es mit Fleiß und harter Arbeit über den Steuerbevollmächtigten bis zum Steuerberater. Es ist eine echte Aufstiegsbiografie der Wirtschaftswunderjahre, die mir rückblickend noch mehr imponiert als damals schon.

Von der Entnazifizierung war mein Vater nicht betroffen. Für die Nazis hatte er keine Sympathien, Widerstand hat er allerdings auch nicht geleistet. Er versuchte wohl, so gut es in diesen Zeiten ging, ein anständiges Leben zu führen. Gesprochen haben wir darüber wenig. Nach dem Krieg schloss er sich der neu gegründeten Vorläuferpartei der CDU an, wurde in Hornberg für

Jahrzehnte ihr Vorsitzender und 1947 in den damals noch badischen Landtag gewählt. Für meine Mutter war es nicht einfach mit einem so vielbeschäftigten Mann, an dessen Seite sie die klassisch-bürgerliche Rolle der Hausfrau übernahm. Sie war Tochter eines schwäbischen Kupferschmiedemeisters in Owen/Teck – ein Sozialdemokrat, der Mitglied im Kreistag war. Dort verbrachten wir Kinder oft die Schulferien. Das Energische und Aufrichtige hat meine Mutter wohl von ihm geerbt.

Als wir Kinder aus dem Haus waren, suchte sie nach einer eigenen Aufgabe. Später habe ich verstanden, dass es schon in ihrer Generation der Wunsch vieler Frauen war, nicht lebenslang auf die Rolle von Hausfrau und Mutter beschränkt zu bleiben. Vielleicht lag darin sogar ein Grund dafür, warum ich ab 1976 in der Enquetekommission des Bundestags »Frau und Gesellschaft« mitarbeitete, in der es um die tatsächliche Verwirklichung der Gleichberechtigung ging. Damals allerdings, in den frühen sechziger Jahren, lehnten wir Söhne ihre Vorstellung ab, in einem Modegeschäft als Verkäuferin zu arbeiten. Heute wundert mich das selbst. Offenbar verstiegen wir uns in dem Glauben, das als Familie nicht nötig zu haben, womöglich dachten wir sogar, etwas Besseres zu sein. Dabei spürte ich in meiner kurzen Zeit am Gymnasium in Triberg genauso, was uns von den wohlhabenden Familien der Schüler, die dort im Internat waren, unterschied. Immerhin hatten wir ein Kindermädchen, und wir wussten durchaus, dass wir zum Bürgertum gehörten – auch wenn meine Mutter gerne dafür warb, dass das Handwerk einen goldenen Boden habe.

Heute sehe ich vieles klarer. Das gilt auch dafür, dass meine Mutter nach meiner ersten Bundestagskandidatur einige Zeit nicht mehr mit mir geredet hat. Ich habe das, so beschäftigt wie ich immer war, zunächst gar nicht bemerkt. Später hat sie mir deutlich gemacht, dass sie böse auf mich gewesen sei. Schließlich hätte ich wissen müssen, was ich meiner Frau und meiner Familie mit meiner Kandidatur antat – meine erste Tochter war da gerade erst geboren. Ihren Ärger habe ich inzwischen verstanden, und so idyllisch, wie ich mein Aufwachsen in Hornberg in Erinnerung habe, war die Zeit für meine Mutter offenkundig nicht. Von uns Kindern hat sie das aber ferngehalten und uns so eine behütete Kindheit ermöglicht.

Mein Vater war unser Vorbild. Die Integrität, für die er über Parteigrenzen hinweg respektiert wurde, kommt schon darin zum Ausdruck, dass er für den *Schwarzwälder Boten* die Berichte aus dem Stadtrat schrieb – obwohl er ihm

selbst angehörte. Seine Darstellungen waren offenbar nicht parteilich, sondern objektiv. Er war eben ein korrekter, anständiger Mann. Was sich gehört und was nicht, solche bürgerlichen Werte wurden bei uns zu Hause hochgehalten. Eine von mir häufig erzählte Anekdote gibt einen Eindruck davon: Meine Mutter hat recht spät, mit etwa fünfzig Jahren, den Führerschein gemacht. Als sie einmal mit dem Auto in die Stadt fuhr, hatte sie das nötige Kleingeld für die Parkuhr nicht dabei und musste deshalb verbotenerweise parken. Am Folgetag fuhr sie wieder hin und warf nachträglich zwanzig Pfennig ein. Wir Kinder haben uns damals amüsiert, heute berührt mich dagegen, wie ernst es meine Mutter damit meinte, dass man nicht klaut, nicht betrügt, auch im Kleinen nicht.

In der wohlgeordneten Welt meines bürgerlich-protestantischen Elternhauses gab meine Mutter den Ton an. Sie war allerdings öfters krank, und dann fielen mir lästige Haushaltsaufgaben zu. Mein jüngerer Bruder hat es einmal so zusammengefasst: Beim Kochen von Linsen und Spätzle gab ich die erstklassige Hausfrau. Ansonsten taugte ich auch für die Rolle der strengen Mutter. Wir waren drei Brüder: Frieder, fünf Jahre älter als ich, Thomas, sechs Jahre jünger. Der Mittlere von dreien zu sein, ist nicht immer einfach. Heute heißt das »Sandwich-Kind«. Ich habe mich immer als »SAB« bezeichnet, den »Seggel am Bahnhof«, den man stehen gelassen hat. Im Schwäbischen ist »Seggel« ein Schimpfwort, und meine Mutter hätte es als unanständig nie in den Mund genommen. Aber es passte. Ich war wohl ziemlich frech damals und habe oft widersprochen. Und ich war ein furchtbarer Rechthaber – manches ist eben früh angelegt. Meinen selbstbewussten Durchsetzungswillen hat sicher geschärft, dass ich in der Regel der Jüngste war, weil ich früh eingeschult wurde.

Wenn Thomas in einer Biografie über mich mit den Worten zitiert wird, das Hauptproblem meiner Kindheit und Jugendzeit sei die Existenz des älteren Bruders Frieder gewesen, der mehr und anderes durfte als ich, dann ist da etwas Wahres dran. Aus Sicht der Familie wurde der schwelende Konflikt zwischen uns beiden einmal so dargestellt: Der Ältere konnte nur schlecht verlieren – und ich war ein schlechter Gewinner. Was das für den Frieden in einem sportbegeisterten Haus bedeutete, kann man sich ausmalen. Für mich blieb Frieder gleichwohl immer der große Bruder – bis zu seinem Tod. Dass er mich allein gelassen hat in dieser Welt, trage ich ihm nach. Aber so ist nun mal das Leben. Ich habe auch Thomas überlebt. Nach meiner lebensgefähr-

lichen Verletzung 1990, die mich in den Rollstuhl zwingt, hätte wohl keiner gedacht, dass ausgerechnet ich der letzte von uns dreien sein würde. Die Abwesenheit beider Brüder schmerzt.

ÜBER GENERATIONEN UND WAS SIE VERBINDET

Ich bin im Krieg geboren, am 18. September 1942. Ein paar Tage zuvor hatte der deutsche Angriff auf Stalingrad begonnen, der zum Wendepunkt im Kriegsverlauf wurde. Ich habe nicht einmal schemenhafte Erinnerungen an die ersten Jahre, mein Bild des Krieges ist das der Erzählungen in der Familie. Unsere Mutter verbrachte mit uns Kindern wohl eine Reihe von Nächten im Luftschutzbunker, bis die Familie wegen der ständigen Luftangriffe auf einen Bauernhof mitten im Wald evakuiert wurde. Und ausgerechnet über diesem Hof entledigte sich ein angeschossener Flieger der Luftwaffe, der notlanden musste, seiner Bombenlast. Das Gehöft brannte lichterloh, und alle mussten so schnell wie möglich raus. Glücklicherweise kam niemand zu Schaden, aber plötzlich schrie jemand: »Wo ist denn unser Wolf?« Mein älterer Bruder fand mich unter einigen Wolldecken, die schon ein bisschen angekokelt waren und leicht rauchten. Wenn wir uns später wieder einmal stritten, hieß es deshalb gern, mit dieser Heldentat habe er wohl einen schweren Fehler begangen.

Wir hatten unheimliches Glück, weil mein Vater keinen Kriegsdienst leisten musste. Die Hornberger Buntweberei war als kriegswichtiger Betrieb eingestuft, was ihn davor bewahrte, in die Wehrmacht eingezogen zu werden. Vom Kriegsende, das wir bei den Großeltern am Fuß der Schwäbischen Alb erlebten, schilderten mir später meine Eltern, wie die Amerikaner mit ihren Panzern ins Dorf gerollt kamen. In der Kupferschmiede meines Großvaters hatten sich mit einer Panzerfaust bewaffnete Jugendliche versteckt, um die Amerikaner anzugreifen. Mein Großvater entdeckte sie und schickte sie nach Hause, da er sich bewusst war, dass ein einziger Schuss das Dorf in Schutt und Asche legen könnte. Dieser Mut hätte ihn fast noch das Leben gekostet, als einer der selbst ernannten Helden ihn standrechtlich erschießen wollte. Er wurde von den anderen in letzter Minute zurückgehalten.

In den Nachkriegsjahren ging es uns objektiv nicht schlecht. Wir litten keinen Hunger. Mein Vater ging zu umliegenden Bauernhöfen, um Stoff

aus der Weberei für Lebensmittel einzutauschen. Geredet wurde darüber nicht. Sein Trachtenjanker, den er dann anzog, trug bei uns allerdings den Titel »Hamster-Kittel«. Das in Anwesenheit Fremder zu sagen, war aus guten Gründen natürlich untersagt. Das Umland der Stadt war nach dem Krieg überlebenswichtig. Hornberg besaß recht viel Industrie und außerdem eine Eisenbahnbrücke, mit der die Schwarzwaldbahn ein Tal überquerte. Beides war zum Ziel alliierter Bombardements geworden, die Stadt daher 1945 ziemlich zerstört. Das weiß ich allerdings nur von Fotografien, denn zu meinem eigenen Erstaunen erinnere ich mich überhaupt nicht an die Trümmerlandschaften, die unser kollektives Bild von der Nachkriegszeit prägen. Wenn ich Aufnahmen aus der Zeit sehe, denke ich bisweilen: So zerstört war das? Und ich gehörte zu denen, die darin lebten und aufwuchsen? Es hatte damals gar nichts Bedrückendes für mich. Wenn ich zurückdenke, war auch der Anblick der vielen Kriegsversehrten unter den Heimkehrern so selbstverständlich, dass man sie gar nicht wirklich wahrnahm. Eher schon bemerkten wir die Flüchtlinge, die beim Hornberger Schloss untergebracht waren. Von ihnen hielten wir uns fern.

1950 war ein Drittel aller Arbeitslosen in der Bundesrepublik Flüchtlinge oder Vertriebene. Mit offenen Armen wurden die wenigsten von ihnen empfangen. Die Einheimischen waren damit beschäftigt, selbst über die Runden zu kommen, und neue Nachbarn bedeuteten, noch enger zusammenrücken zu müssen. Mitgefühl gab es da wenig. Als »Rucksack-Deutsche« seien sie noch lange nach ihrer Ankunft in der neuen Heimat ausgegrenzt worden, erinnert sich mein Kollege Volker Kauder. Seine Eltern waren als Donauschwaben aus Jugoslawien geflohen. Die Vertriebenen waren in der frühen Bundesrepublik zwar vielerorts nicht willkommen, aber sie hatten politisches Gewicht. Weil sie sich engagierten und weil sie sich als Teil des neuen Gemeinwesens sahen und daran teilhaben wollten. Ich habe erst lernen müssen, welche Verletzungen der Verlust der Heimat für diese Menschen bedeutete, mich dann aber später politisch dafür starkgemacht, den Erlebnissen der Betroffenen und ihrer Trauer um die eigenen Opfer und die verlorene Heimat angemessen Raum zu geben.

Wenn ich mich mit Jahrgangsgenossen über unsere Kindheit in Hornberg unterhalte, wird nie schlecht über diese Zeit geredet. Nicht einmal von denen, die in Nachkriegsbaracken aufwachsen mussten. Es gehört wohl zu den erstaunlichsten Fähigkeiten des Menschen, sich den jeweiligen Gegebenheiten

anzupassen. Dazu fällt mir die Geschichte ein, die Vernon Walters, der amerikanische Botschafter in Bonn zur Zeit von Mauerfall und Wiedervereinigung, gern erzählte. Als er 1945 in Begleitung eines US-amerikanischen Generals durch eine der zerstörten Ruhrgebietsstädte fuhr und diesen auf eine Blechdose mit Schnittblumen in der Fensterhöhle einer Ruine hinwies, kommentierte er das mit den Worten: »Dieses Volk wird nicht untergehen. Wer in einer solchen Ruinenlandschaft Blumen in eine Blechdose stellt, glaubt an die Zukunft.« Mir zeigt die Erfahrung meiner Jugend, wie relativ Zufriedenheit doch ist. Im Übrigen: Zu spüren, wie wenig das eigene Erleben mit dem Bild übereinstimmt, das von dieser Zeit gemeinhin gezeichnet wird, sensibilisiert dafür, dass es immer sehr unterschiedliche Erfahrungsräume gibt.

Ich bin zwar im Krieg geboren, aber von der Generation der eigentlichen Kriegskinder trennen mich entscheidende Jahre. Helmut Kohl, Heiner Geißler oder Kurt Biedenkopf gehörten zu dieser »vergessenen Generation«. Wie prägend die jugendliche Kriegserfahrung war, konnte ich an Kohl sehen, der seine Politik regelmäßig nicht allein aus der Geschichte, sondern aus dem eigenen Erleben von Krieg und Gewaltherrschaft ableitete. An seinen im Krieg gefallenen Bruder erinnerte er häufig. Gerade vor diesem biografischen Hintergrund habe ich nie begriffen, wieso seine Formulierung von der »Gnade der späten Geburt« so missverstanden wurde. Die Wendung ist ja nicht falsch, sie wurde nur missgünstig ausgelegt. Kohl wollte sagen, dass wir später Geborenen manche Versuchung nicht hätten aushalten müssen, und das sei eine Gnade. Kohl gehörte zur »skeptischen Generation« (Helmut Schelsky) der Flakhelfer, die ihr Verantwortungsgefühl für den Frieden und ihr politisches Handeln aus einem historischen Bewusstsein heraus begründete: aus der Erfahrung von Krieg und dem Jahr 1945 als Zusammenbruch und Nullpunkt.

Bei Helmut Schmidt und Richard von Weizsäcker spürte ich vor allem im höheren Alter das Verbindende der Kriegsgeneration über die Parteigrenzen hinweg. Sie hatten den »Scheiß Krieg«, wie Schmidt ohne hanseatische Noblesse oft zischte, nicht nur als Kind erlebt, sondern waren selbst Soldaten gewesen. Aus ihren späteren Reden, etwa bei Gelöbnissen vor Rekruten, war das herauszuhören. Schmidt hat nach dem Krieg und der Gefangenschaft sehr schnell Karriere gemacht, durch unglaublichen Fleiß und auch mit echtem Bildungshunger, der viele seiner Generation kennzeichnete, die verlorene Zeit nachgeholt. Er war nicht nur ein Politiker, der sich früh für sicherheitspolitische und strategische Fragen interessierte – und darüber lange vor sei-

ner Zeit als Verteidigungsminister Bücher schrieb. Er war auch ein versierter Pianist, Musikkenner, noch dazu bewandert auf dem Gebiet der bildenden Künste. Seine im besten Sinne kleinbürgerlich-sozialdemokratische Aufstiegs-geschichte, geprägt von der NS- und Kriegserfahrung, und der in seinen Bü-chern aufleuchtende, sich leidenschaftlich erschlossene umfassende Bildungs-horizont haben mir imponiert.

Ich selbst habe nie nach dem Verbindenden in »meiner« Generation ge-sucht. Ein besonderes Gruppenbewusstsein habe ich nicht entwickelt. Im Bundestag bin ich heute ein Unikum, denn es ist um mich mit den Jahren einsamer geworden. Wer so lange dabei ist, hat viele kommen und gehen sehen. Irgendwann fehlten die Kollegen, mit denen ich den politischen Auf-stieg zusammen erlebt hatte, diejenigen, mit denen ich in Regierungsverant-wortung stand. Vieles von dem, was manche junge Abgeordnete heute wichtig finden, ist mir fremd. Die öffentliche Dauerpräsenz in Echtzeit, bei der man mehr durch Pose denn mit Argumenten auffällt, schätze ich nicht und muss ich auch nicht mehr lernen. Bewahrt habe ich mir aber die Neugierde darauf, was die jungen Kolleginnen und Kollegen bewegt. Wenn ich mich etwa mit der früheren JUSO-Chefin Jessica Rosenthal oder der damals jüngsten Grün-en-Abgeordneten Emilia Fester zum Interview treffe, ist das ein anregender Gedankenaustausch – bei dem allerdings beide Seiten die Erfahrung machen, wie viel unsere Generationen voneinander trennt. So wäre mir als junger Ab-geordneter nie in den Sinn gekommen, Politik nur oder vor allem für meine eigene Generation machen zu wollen. Mein Verständnis als Abgeordneter war immer, wie es Artikel 38 unseres Grundgesetzes bestimmt, Abgeordneter des »ganzen Volkes« zu sein.

SCHATTEN DER VERGANGENHEIT

Geprägt hat mich weniger die Erfahrung, noch im Krieg geboren zu sein, als vielmehr das Aufwachsen in der frühen Bundesrepublik – und dabei vor allem das Grundgefühl, dass es damals immer aufwärtsging. Das Wirtschaftswunder war in meiner Jugend mit Händen zu greifen. Vielleicht ist in die-ser Erfahrung mit angelegt, warum ich mir in allen Situationen des Lebens, auch den schwersten, die Zuversicht immer bewahren konnte. Dabei hatte sich der demokratische Neubeginn nach 1945 unter schwierigen Bedingun-

gen vollzogen. Es galt, eine stabile Verfassung ins Werk zu setzen und die zersplitterte Gesellschaft zusammenzuführen, eine Gesellschaft aus Nazis und Mitläufern, Verfolgten und Verfolgern, Soldaten, Ausgebombten und Flüchtlingen, Katholiken und Protestanten, Versehrten und Davongekommenen, Bürgerlichen und Arbeitern, Deutschnationalen, Zentrumsanhängern und Liberalen, Menschen, die von Politik nichts mehr wissen, und Menschen, die die Politik vor Radikalen schützen wollten. Wie tief die Gräben zwischen all denen waren, die für die Demokratie gewonnen werden sollten, machen wir uns nur selten bewusst. Unser heutiger Pluralismus ist zwar etwas völlig anderes, doch auch damals stand man vor der gewaltigen Aufgabe, die Gesellschaft zu einen und eine neue demokratische Kultur zu verankern. Dass dies unter den damaligen Bedingungen gelungen ist, kann uns ermutigen, in unserem Bemühen nicht nachzulassen, Vielfalt zuzulassen und gleichzeitig im Pflegen des Verbindenden ein Mehr an Gemeinsamkeit zu schaffen.

Zur Zeit der Entnazifizierung kamen am Wochenende häufig Besucher zu uns nach Hause. Dort hielt mein Vater in unserem Wohnzimmer seine Bürgersprechstunde als Abgeordneter ab. Er hörte sich die Anliegen der Bürger an und half, wo er konnte. In der Welt eines Kindes gibt es wenig Raum für Zwischentöne, kein Grau. Es gibt hell und dunkel, gut und böse. Und auch wenn ich erst, als ich viel älter war, wirklich begriff, was Deutsche Juden und auch anderen in ganz Europa angetan haben, hatte ich als Kind offenbar dennoch ein Gefühl von Gerechtigkeit. Denn meinen Vater fragte ich damals verdutzt, wieso er sich auch für die einsetze, die doch böse gewesen waren – Nazis. Ich bekam dann meine erste Lehrstunde darin, dass man bei allem differenzieren müsse. Dass es mächtige Menschen gegeben hatte, böse und wahnsinnige, und Menschen, kleine, einfache Leute, die ihnen auf den Leim gegangen waren. Täter, die schuldig sind, und Mitläufer, die zu schwach waren, um dagegenzuhalten, was man ihnen nachsehen müsse. Es war eine kindgerechte Erklärung, aber sie ist bezeichnend für das Dilemma nach 1945, in und mit einer Gesellschaft von Tätern den demokratischen Neuanfang zu wagen.

Die »Stunde Null« ist deshalb ein missverständlicher Begriff. Personell und strukturell musste an so vieles angeknüpft werden, darüber ist viel und kontrovers geschrieben worden. Während die Mitscherlichs in den sechziger Jahren die »Unfähigkeit zu trauern« brandmarkten, sprach der Philosoph Hermann Lübbe Anfang der achtziger Jahre vom »kommunikativen Beschweigen«, das überhaupt erst ermöglichte, die Deutschen so unmittelbar

nach dem Zivilisationsbruch in einen demokratischen Staat zu integrieren. Täter und Mitläufer wollten nicht darüber reden (wussten aber natürlich übereinander Bescheid), Kriegsheimkehrer konnten es meist nicht, weil sie im Krieg zu viel Entmenschlichung erlebt hatten. Nicht darüber reden zu können, betraf vor allem die Opfer der Verbrechen. Ignatz Bubis hat mir eindrücklich davon erzählt. Bei anderen, die wie Ruth Klüger oder Jorge Semprún spät die Kraft fanden, doch noch Zeugnis über ihr Schicksal im Holocaust abzulegen, ist es nachzulesen.

In meiner Erinnerung wurde von Diktatur und Nationalsozialismus nicht viel geredet – aber wir haben auch nicht gefragt. Welche Vorgeschichte etwa unsere Lehrer hatten, spielte keine Rolle. Im Nachhinein wurde mir klarer, was wir damals allenfalls dunkel ahnten: dass für manche unter ihnen die Jahre der Diktatur kein Ruhmesblatt waren. Warum uns die nahe Vergangenheit so wenig interessiert hat, wundert mich heute selbst. Immerhin ist mir ein sozialdemokratischer Geschichtslehrer im Gedächtnis geblieben, der die Jahre der Diktatur im Unterricht thematisierte.

Dass Deutsche versucht hatten, alle Juden zu vernichten, war uns als Verbrechen, wenn auch abstrakt und schemenhaft, durchaus präsent. Im Alltag gab es keine Juden. Ich kann mich jedenfalls nicht erinnern, dass ich in meiner Kindheit und Jugend jemals einen Juden gesehen hätte. Deshalb hat mich 2022 bei der Gedenkstunde des Deutschen Bundestags für die Opfer des Nationalsozialismus sehr ergriffen, als die Zeitzeugin Inge Auerbacher von ihrer Kindheit in dem badischen Dorf Kippenheim erzählte. Ich habe sie kurz darauf noch einmal in unserer gemeinsamen badischen Heimat zum Gespräch getroffen. Auerbacher blieb lange das letzte jüdische Kind, das dort geboren wurde. Als Vierjährige erlebte sie die Pogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938, und ihre noch halbwegs heile Kinderwelt brach zusammen. Die Synagoge des Ortes wurde nur deshalb nicht niedergebrannt, weil die christlichen Häuser in der Nachbarschaft Feuer hätten fangen können. Auerbacher berichtete zwar auch von der Unterstützung christlicher Freunde im Ort, vor allem aber von Ausgrenzung und Verfolgung – bis zu dem Moment ihrer Deportation nach Theresienstadt, als ihr ein Aufseher eine Holzbrosche entriss und zurief: »Du brauchsch des ned, wo du nagosch.«

Auschwitz wurde mir frühestens im Studium zu einem Begriff, insbesondere durch die juristische Aufarbeitung dieser Jahre. Neben dem Jahrhundertprozess gegen Adolf Eichmann 1961 in Jerusalem brachten Mitte der sechziger

Jahre die Verfahren gegen Angehörige der KZ-Wachmannschaften die Verbrechen in den Vernichtungslagern zu Bewusstsein. Welchen Anfeindungen der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer, von dem ich damals nicht viel wusste, ausgesetzt gewesen war, habe ich erst später verstanden. Ebenso die wirkliche Bedeutung der Prozesse, die über die juristische Aufarbeitung hinaus vor allem darin lag, dass der Zivilisationsbruch, als den wir den Nationalsozialismus und den Holocaust heute erkennen, erstmals in der Breite der Gesellschaft Namen und Gesichter bekam – von Opfern wie von Tätern.

Prägend wurden für mich die zeitgleichen Debatten über die Verjährung von NS-Verbrechen, die nach geltendem Recht mit dem 8. Mai 1965 eintrat. Diese Auseinandersetzung hat das ganze Jahrzehnt und noch weit darüber hinaus die Gemüter bewegt. Nicht nur aus Sicht eines angehenden Juristen war das eine brisante Angelegenheit. Es ging um die Frage, wie wir als Gesellschaft mit der dunklen Vergangenheit umgehen wollen – in einer Zeit, als auf das einvernehmliche Beschweigen der offene Generationenkonflikt folgte. Die moralische Empörung war groß, dass zwanzig Jahre nach den entsetzlichen Taten die Verjährung greifen und Täter gerade in dem Moment der Verfolgung entgehen sollten, als die Öffentlichkeit für diese Verbrechen sensibel wurde. Gleichzeitig war es ein Dilemma, denn die Frage der Verjährung tangierte formaljuristisch das hohe Gut der Rechtssicherheit. Die Aufhebung der Verjährungsfristen bedeutete einen Verstoß gegen das Rückwirkungsverbot: *Nulla poena sine lege* – so lautet der rechtsstaatliche Grundsatz, dass die Strafbarkeit zum Zeitpunkt der Tat bestimmt sein muss. Mit diesen juristischen Prinzipien ließ sich der Holocaust aber nicht bewältigen. So habe ich das damals empfunden, und so sah es nach eindrucksvoller Debatte auch die Mehrheit des Bundestags. Dennoch einigte man sich zunächst nur darauf, den Beginn der Verjährungsfrist auf den 1. Januar 1950 festzulegen. FDP-Bundesjustizminister Ewald Bucher, der als junger Mann NSDAP- und SA-Mitglied gewesen war, hatte sich vehement gegen eine Verlängerung ausgesprochen und trat von seinem Amt zurück. 1969 wurde die Verjährung für Völkermord schließlich aufgehoben, 1979 auch für Mord.

Beeindruckt hat mich und meine Freunde damals vor allem die Rede von Ernst Benda im Deutschen Bundestag. Benda war ein vergleichsweise junger Abgeordneter der CDU, noch dazu Mitbegründer des RCDS, des »Ringes Christlich-Demokratischer Studenten«. Sein Satz, das Rechtsgefühl eines Volkes werde in unerträglicher Weise korrumpiert, wenn Morde ungesühnt blei-

ben müssten, obwohl sie gesühnt werden könnten, und sein Eintreten dafür, dass sich die Deutschen um ihrer selbst willen von den Mördern unter ihnen befreien müssten, machten ihn zum »Helden« einer jüngeren Generation mit ihrem Anspruch auf Aufarbeitung. Für Benda erwies sich die Rede als Karrieresprungbrett. Sein Weg führte in kurzer Folge vom Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesinnenministerium über das Ministeramt am Ende der Kanzlerschaft Kiesinger zum Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts 1971.

Für die in den sechziger Jahren aufbrechende, heftige Auseinandersetzung um die deutsche Vergangenheit steht symbolisch die Ohrfeige, die Beate Klarsfeld 1968 Kurt Georg Kiesinger wegen seiner NSDAP-Mitgliedschaft auf offener Bühne gab. Ich war damals im Saal anwesend und bekam in den hinteren Reihen der Berliner Kongresshalle zumindest mit, dass etwas geschehen war, ohne jedoch Einzelheiten zu erkennen. Dabei war der Parteitag in der von den Studentenprotesten aufgeputschten Stimmung aus guten Gründen hermetisch abgesichert worden. Dass Klarsfeld im anschließenden Prozess von Horst Mahler vertreten wurde, der zunächst als RAF-Mitglied und später dann als Neonazi und Holocaust-Leugner wiederholt im Gefängnis saß, lässt einen ob der Wendungen, die das Leben schreibt, nur staunen. Ihr Mann, der Holocaust-Überlebende Serge Klarsfeld, hat die Aktion einmal als Ohrfeige einer Tochter für den Vater bezeichnet. Sie habe symbolisch die Abrechnung der deutschen Jugend mit der Vätergeneration ausgedrückt, es sei ein Akt der Befreiung gewesen. Mir blieb das fremd – nicht nur weil ich den tätlichen Angriff auf den Kanzler ablehnte und wenig davon hielt, eine Person stellvertretend für andere anzuklagen. Ich hatte vor allem das Glück, zu meinem Vater ein ungebrochen gutes Verhältnis zu haben. Im Privaten machte er, der in der christlichen Arbeiterbewegung aktiv gewesen war, keinen Hehl daraus, wie fern ihm die Nazis im Habitus und mit ihrer unchristlichen Ideologie standen. Den mädchenhaften Schwärmereien meiner Mutter und ihrer zwei Schwestern für das Regime trat er gemeinsam mit seinem künftigen Schwiegervater, dem sozialdemokratischen Schmiedemeister, früh entgegen.

Die heftigen Konflikte, die Teile meiner Generation und viele Jüngere nicht nur gesellschaftlich, sondern gerade im Privaten austrugen, habe ich also nicht erlebt. Ich stand nie in Opposition zu meinen Eltern. Die familiäre Entfremdung und bleibenden Verletzungen, die diese Auseinandersetzungen vielfach hinterließen, kenne ich deshalb nur aus Erzählungen. Dass aber mein Erleben der Nachkriegszeit nicht die Erfahrung aller war, lernte ich auch bei Heinrich

Böll. Das Katholisch-Rheinische in seinen Werken blieb mir zwar immer unzugänglich, mich faszinierte jedoch das Gebrochene seiner Generation, das sich in den Figuren seiner Romane spiegelt: durch Krieg, Verstrickung, Hunger. All das, was ich so nicht erleben musste.

UNSERE GESCHICHTE ALS BLEIBENDE VERANTWORTUNG

Je älter ich werde, umso unfassbarer ist es für mich, dass eine hochzivilisierte Gesellschaft, und eben nicht nur ein paar Verbrecher, zu solchen Verirrungen wie die Deutschen im Nationalsozialismus fähig ist. Mein Interesse an Geschichte war schon als Gymnasiast ausgeprägt, und es verstärkte sich im Laufe meines Lebens kontinuierlich, weshalb ich hier zeitlich etwas aushole. Doch Wissen ist das eine, das Empfinden an den Orten der Verbrechen etwas völlig anderes. Ich bin spät, erst nach 2002, nach Israel gereist, aber schon der erste Besuch in Yad Vashem hat mich nicht mehr losgelassen. In meiner zweiten Amtszeit als Innenminister entstand dann eine bis heute andauernde Freundschaft mit meinem damaligen israelischen Kollegen Avi Dichter, einem Kind von Shoah-Überlebenden. Mit ihm besuchte ich in Berlin das Mahnmal für die ermordeten Juden Europas, und ich vergesse nie, wie er in Tränen ausbrach, als er mir im »Ort der Information« die Namen seiner im Holocaust ermordeten Familienmitglieder zeigte.

Als Bundestagspräsident habe ich dort im Jahr 2021 mit meinem israelischen Kollegen Yuli-Yoel Edelstein einen Kranz niedergelegt – nicht etwa jeder einen, sondern gemeinsam einen, dessen Schleife die Farben beider Staaten trug. Das hatte es bis dahin noch nicht gegeben. Edelstein, der mich zuvor bei meinem offiziellen Besuch anlässlich des siebzigsten Jahrestags der Gründung Israels vor der Knesset mit militärischen Ehren empfangen hatte, ist wie Dichter ein Sohn von Holocaust-Überlebenden. Am Mahnmal, neben dem Brandenburger Tor und in Sichtweite des Reichstagsgebäudes, sprach er von seinem zerrissenen Herzen, an diesem Ort zu stehen und der Millionen ermordeten Juden Europas zu gedenken. Das hat mich tief berührt, und ich empfand es als eine Geste großen Vertrauens in unseren Staat. Ich bin überzeugt, dieses Vertrauen konnte über den Abgründen unserer Geschichte überhaupt nur wachsen, weil wir Deutschen uns zur Schuld, die unser Land

trägt, bekennen. Es ist beschämend und manchmal zum Verzweifeln, dass Ewiggestrige dies immer noch nicht verstanden haben.

Zum zentralen Ort für das Bekenntnis zu unserer besonderen Verantwortung sind seit 1996 die Gedenkstunden im Deutschen Bundestag geworden. Als Fraktionsvorsitzender hatte ich 1995 eine Anregung von Gregor Gysi aufgegriffen und Bundespräsident Roman Herzog vorgeschlagen, zum Jahrestag der Befreiung von Auschwitz immer am 27. Januar einen solchen Gedenktag anzuordnen. Entsprechend der Proklamation durch den Bundespräsidenten ist das Gedenken ausdrücklich allen Opfern des Nationalsozialismus gewidmet. Ein Gedenken, das einzelne Opfergruppen herausgehoben würdigt, habe ich deshalb eher skeptisch gesehen. Das brachte mir in meiner Amtszeit heftigen Gegenwind von Aktivist:innen aus der schwul-lesbischen Community ein, die sich Respekt auf ihre Fahnen geschrieben haben, selbst aber den sachlichen Erwägungen, die mich leiteten, nicht immer vorurteilsfrei begegnen wollten. Unweigerlich zwingt das Gedenken an eine bestimmte Opfergruppe zur Abwägung zwischen den verschiedenen Opfergruppen, was man mit guten Gründen für unangemessen halten kann – abgesehen davon, dass man ungewollt der Logik der Täter mit ihrer Einteilung von Menschen in Gruppen folgt. Und wo, bei welcher Opfergruppe, hört man dann eigentlich auf? Wo entsteht bei dieser Schwerpunktsetzung des Gedenkens womöglich unabsichtlich eine Unwucht angesichts von sechs Millionen ermordeter Juden, auch wenn niemand anzweifelt, dass jedes Opfer gleich zählt? Mich wie das Bundestagspräsidium hat bei der Gestaltung der Gedenkstunden vor allem der Wunsch geleitet, solange dies überhaupt noch möglich ist, Überlebende des Holocausts als Gastredner einzuladen – und solche gab es in der gleichgeschlechtlichen Opfergruppe damals schon nicht mehr. Ich halte meine Argumente noch immer für stichhaltig, zumindest bedenkenswert, bekenne aber auch: Als ich am 27. Januar 2023 an der Gedenkstunde teilnahm, bei der auf Entscheidung meiner Nachfolgerin der Verfolgung von gleichgeschlechtlichen Opfergruppen gedacht und auch daran erinnert wurde, wie lange wir selbst noch in meiner politisch aktiven Zeit gebraucht haben, das Unrecht zu begreifen und zu beseitigen, habe ich die Kritik, die ich zuvor erfahren hatte, besser verstanden.

Ich verdanke den Gedenkstunden bleibende Eindrücke vor allem durch die persönliche Begegnung mit den letzten Zeitzeugen, darunter die Cellistin Anita Lasker-Wallfisch, die 2018 von dem unglaublichen Zufall berichtete,

der sie und ihre Schwester Renate nach der Deportation im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau wieder zusammenführte. Dort spielte sie in der Lagerkapelle. Die besondere Beziehung der beiden Schwestern zueinander, die auch das Lager Bergen-Belsen überlebt und sich geschworen hatten, nie wieder deutschen Boden zu betreten, erlebte ich bei einem gemeinsamen Mittagessen. Es sind diese individuellen Schicksale und die damit verbundenen Geschichten, die uns jenseits der eigentlich unfassbaren Zahl von sechs Millionen ermordeten Juden erschüttern und die Dimensionen des Völkermords erahnen lassen.

Der Historiker Saul Friedländer hat diese Fassungslosigkeit als »Primärgefühl« im Angesicht der Shoah bezeichnet. Er selbst hat als Kind den Holocaust in einem katholischen Internat versteckt überlebt, wovon er auf meine Einladung hin 2019 im Bundestag erzählte. In seinen wissenschaftlichen Werken hat er ein einzigartiges Gesamtbild der europaweiten Judenverfolgung geschaffen. Es gewinnt seine besondere Kraft gerade aus der spannungsvollen Beziehung zwischen der abstrakten statistischen Darstellung der Verwaltungs- und Mordmaßnahmen und den lebendigen Erinnerungen der Zeitzeugen. Ich habe in meiner einführenden Rede zu verdeutlichen versucht, was mir im Laufe meines Lebens bewusst geworden ist. Dass beides einander ergänzen muss: nüchterne Objektivierung durch wissenschaftliche Erkenntnis und Emotionalisierung. Denn es braucht Empathie, um mehr wissen zu wollen und zu verstehen.

Dass wir dies als Aufgabe künftigen Generationen vermitteln wollen, hat mich dazu veranlasst, in der Gedenkstunde 2021 den Blick von der unmittelbaren Zeitzeugenschaft auch auf die Tradierung in der zweiten und dritten Generation zu lenken. Neben Charlotte Knobloch, der langjährigen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, lud ich Marina Weisband ein, die als Kind aus der Ukraine nach Deutschland gekommen war und vielen vor allem als frühere Sprecherin der Piratenpartei bekannt ist. Sie sprach als eine Vertreterin der Generation junger deutscher Juden, die als selbstverständlicher Teil einer vielfältigen deutschen Gegenwart wahrgenommen werden wollen – und die dennoch damit ringen, dass es unmöglich ist, aus dem Schatten der Vergangenheit zu treten. Ihre kluge, differenzierte und zugleich leidenschaftlich vorgetragene Rede ließ die kleinkrämerischen parteipolitischen Vorbehalte, die zuvor auch aus meiner Partei laut wurden, verstummen. Die anschließende Zeremonie, bei der ich im Andachtsraum des Bundestags

zusammen mit dem Bundespräsidenten und der Kanzlerin als Zeichen unserer Verpflichtung gegenüber dem deutschen Judentum die Patenschaft für die frisch restaurierte Sulzbacher Thorarolle übernahm, machte die Gedenkstunde für mich zu einem außergewöhnlichen Erlebnis.

MEINE NÄHE ZU ISRAEL UND FRANKREICH

Besonders eindrücklich dafür, wie Geschichte die Politik mitbestimmt, wurde für mich der Besuch des israelischen Staatspräsidenten Reuven Rivlin anlässlich seiner Rede zum 27. Januar 2020. Wir trafen uns am Vorabend zu einem Ehreessen im Dahlemer Amtshaus des Bundestagspräsidenten, und Rivlin, der von besonders einnehmender Art ist, wusste die Tischgesellschaft blendend zu unterhalten. Doch irgendwann nahm der Abend eine unerwartete Wendung und die Atmosphäre wurde angespannt. Über den Ticker der Nachrichtenagenturen, den Mitglieder aus dem Stab des Präsidenten unter dem Tisch mitlasen, liefen erste Meldungen über den von Donald Trump lange angekündigten US-Friedensplan für den Nahen Osten auf Grundlage einer Zwei-Staaten-Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts. Nach und nach entwickelte sich darüber eine lebhaftige Debatte unter den Delegationsmitgliedern, der wir Deutschen interessiert lauschten. Jeder von uns spürte, dass es hier nicht nur um politische Verhandlungen ging, sondern Existenzielles berührt war. Die Selbstverpflichtung Deutschlands, dass die Sicherheit Israels auch unsere besondere Verantwortung und das Recht der Juden auf einen eigenen Staat nicht verhandelbar ist, teile ich. Nach dem 7. Oktober 2023 und dem pogromartigen Terrorangriff der Hamas auf Israel muss sich allerdings mehr denn je beweisen, wie ernst wir es damit meinen.

Reuven Rivlin hatte 1965 noch gegen die Ankunft des ersten deutschen Botschafters in Israel auf der Straße protestiert. Seit der Befreiung von Auschwitz waren da gerade einmal zwei Jahrzehnte vergangen. Wer sich überlegt, was er selbst vor zwanzig Jahren gemacht hat, wird nachempfinden, wie gegenwärtig die Epoche des Vernichtungskriegs damals noch gewesen sein muss. Die Aussöhnung mit Israel war auch für mich ein großes Thema – und eines, bei dem heftig gestritten wurde. Denn mit Israel diplomatische Beziehungen aufzunehmen, konnte der Hallstein-Doktrin zuwiderlaufen. Benannt nach dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Walter Hallstein, bestimmte dieser

Glaubenssatz die deutsche Außenpolitik seit den fünfziger Jahren. Die Bundesrepublik betrachtete demnach die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR durch Drittstaaten als unfreundlichen Akt. Es war aber abzusehen, dass die arabischen Staaten auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik zu Israel ihrerseits damit reagieren würden, Beziehungen zur DDR aufzunehmen. Hier zeigt sich, wie sehr die großen außenpolitischen Fragen der Zeit immer eng verwoben waren mit der deutschen Teilung. Ich stand aufseiten derer, denen die Aussöhnung mit Israel dennoch wichtiger war. Die Begegnung Adenauers und Ben-Gurions 1960 im New Yorker Waldorf Astoria, die überhaupt erst ermöglichte, sich über dem Abgrund, der beide Länder teilt, die Hände zu reichen, hatte ich als Abiturient aufmerksam verfolgt. Zusammen mit der Verjährungsdebatte näherte ich mich über diese Entwicklung in den deutsch-israelischen Beziehungen der Vergangenheitsaufarbeitung allmählich an und entwickelte ein Gefühl dafür, dass wir angesichts des Entsetzlichen, das Deutsche Juden angetan hatten, in einer besonderen Pflicht gegenüber Israel stehen.

Zeitgleich zeigte sich im Verhältnis der Bundesrepublik zu Frankreich, dass zwischen jahrzehntelangen erbitterten Feinden Aussöhnung möglich ist. Ich bin in der französischen Besatzungszone aufgewachsen. Französisch lernte ich als erste Fremdsprache – weshalb ich mir noch später, auf dem internationalen Parkett, mit Englisch schwertat. Die Franzosen in Hornberg habe ich allerdings nicht als Besatzer empfunden, sie fielen auch nicht besonders auf. In Erinnerung ist mir vor allem ein freundlicher Offizier der Kommandantur, der bei uns im Haus wohnte. Als Jugendlicher beteiligte ich mich an einem Projekt der Kriegsgräberfürsorge in den Vogesen. Tagsüber haben wir auf dem Soldatenfriedhof Munster gearbeitet und die Gräber gepflegt. Der Kulturaustausch war dabei mindestens so prägend wie das, was wir bei unserer Arbeit über die kriegerische deutsch-französische Geschichte erfahren – und über das Wunder der Versöhnung, das wir abends im Zeltlager ganz praktisch zelebrierten. Auf dem Friedhof lagen Gefallene aus dem Ersten Weltkrieg. Die Vogesen, insbesondere der Hartmannswillerkopf, waren vor allem im ersten Kriegsjahr einer der verlustreichen Hauptkampfplätze. Der ganze Irrsinn dieses Krieges wird hier in einer eindrucksvollen deutsch-französischen Gedenkstätte greifbar. Der Erste Weltkrieg, das wurde mir in den späteren Gesprächen mit meinen französischen und britischen Partnern klar, hat in deren nationaler Erinnerungskultur noch immer einen hohen Stellenwert,

an den sie am 11. November, dem Tag des Waffenstillstands von Compiègne, erinnern. Für uns Deutsche ist das alles weit weg, völlig überlagert durch die Katastrophen der Nazi-Herrschaft und des Zweiten Weltkriegs.

In meiner Kindheit und Jugend im mittleren Schwarzwald lag das Nachbarland, so nah es geografisch scheint, nicht wirklich um die Ecke. Kehl, das Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg als Brückenkopf auf der anderen Rheinseite von Straßburg eigentlich behalten wollte, war noch bis 1953 Teil der schon von den Nazis bei Kriegsbeginn eingeführten »Roten Zone«, eines Sonderverwaltungsgebiets mit einer Reihe von Beschränkungen. Die Franzosen betrieben nach 1945 im Elsass zunächst eine andere Politik als nach dem Ersten Weltkrieg. Damals hatte man den Elsässern, natürlich nicht ohne Probleme, Zeit gelassen zu entscheiden, ob sie lieber zu Frankreich oder zu Deutschland gehören wollten. Jetzt herrschte strenge Abgrenzung. Verwaltungsangehörige wurden aus »Innerfrankreich« ins Elsass versetzt, die deutsche Sprache nicht gelehrt und der elsässische Dialekt nicht gefördert. Straßburg entwickelte sich in der Folge erst einmal weg vom Rhein, auch städtebaulich. Heute nenne ich mich dagegen gerne und stolz Nachbar von Straßburg. Die Grenzstadt Kehl in meinem Wahlkreis ist praktisch ein Vorort der elsässischen Metropole. Für diese Entwicklung der Grenzregion habe ich mich als Abgeordneter sehr engagiert.

EIN KIND DES KALTEN KRIEGES

In den fünfziger und sechziger Jahren war Frankreich chic, ob im Kino oder in der Mode. Politisch waren für mich aber die USA der eigentliche Garant für die Freiheit und unsere Art zu leben. Der Kalte Krieg hat mein politisches Denken zweifellos bis heute geprägt. Ich habe noch eine dunkle Erinnerung an den 17. Juni 1953, an die Berichte von sowjetischen Panzern in den Straßen Berlins und anderer Städte – in »der Zone«, wie wir damals sagten. DDR, das kam uns nicht über die Lippen. Krieg war damals eine reale Gefahr und in Korea bereits schreckliche Wirklichkeit. Zu Beginn der fünfziger Jahre war die Angst davor auch bei meinen Eltern allgegenwärtig.

Der Kalte Krieg manifestiert sich in meiner Erinnerung vor allem in der zugespitzten Krise im Oktober und November 1956, als der Volksaufstand in Ungarn und die internationale Krise am Suezkanal alle Aufmerksamkeit

auf sich zogen. Die brutale Gewalt, mit der die Sowjetunion in Ungarn ihren Einflussbereich sicherte, hat mich erschreckt – zumal mir als Jugendlichen die große Sportnation Ungarn nahestand. Ich kann mich auch noch recht gut an den Versuch der Briten und Franzosen erinnern, in der Auseinandersetzung mit Ägypten unter General Nasser die strategisch wichtige Wasserstraße in der Hand zu behalten. Es war ein undurchdachtes Abenteuer ohne Rückendeckung der Amerikaner – und dann auch schnell zu Ende, als die Sowjetunion mit einem Atomschlag drohte. Anthony Eden, der im Schatten Churchills so lange auf seine Chance als Premierminister gewartet hatte, verlor prompt sein Amt, und Briten wie Franzosen mussten infolge des Debakels einsehen, keine Weltmacht mehr zu sein. Noch dem Letzten wurde damals klar, dass es ohne die Vereinigten Staaten nicht ging. Sie waren es, die uns in der Blockkonfrontation des Kalten Kriegs, der ständig heiß zu werden drohte, schützten. Die USA als einzig wahre Schutzmacht des Westens – das ist mein Grundverständnis von Kindheit an. Und das ist bis heute so geblieben.

Es lag über all den Jahren eine ungeheure Anspannung, die Angst vor dem »unwiderruflich letzten Krieg der Menschheit«, vor dem John F. Kennedy eindrucksvoll warnte. Der drohende »Atomtod« war seit der Wiederbewaffnungsdebatte in den fünfziger Jahren ständiger Begleiter. Mit der Eskalation der Kubakrise 1962 stand die Welt für einige Tage tatsächlich am Abgrund. Ich habe dieses Gefühl der existenziellen Bedrohung nicht vergessen – und im Superlativ des Schreckens, den wir uns in der Wahrnehmung der gegenwärtigen Krisenakkumulation angewöhnt haben, sollten wir uns daran erinnern. Der Schock hatte bereits im August 1961 tief gesessen, als die DDR den Westteil Berlins abriegelte. Die Situation war dramatisch, und Konrad Adenauer verließ mitten im Bundestagswahlkampf sein politisches Gespür, als er viel zu lange wartete, um sich im eingemauerten freien Teil Berlins zu zeigen. Dass jede weitere Eskalation Krieg bedeuten könnte, haben wir damals alle verstanden, deswegen war es zwar bedrückend, aber nachvollziehbar, dass die USA nicht gegen die sowjetischen Panzer vorgingen. Erst einmal schien die deutsche Teilung unüberwindbar. Der Mauerbau in Berlin, so viel hatte ich begriffen, war als deutschlandpolitischer Einschnitt eben auch nur ein Teil des viel größeren internationalen Systemkonflikts.

Außenpolitik interessierte mich bereits als Jugendlicher. In dieser Phase der Blockkonfrontation war US-Außenminister John Foster Dulles prägend, der gegenüber den Sowjets kompromisslos auftrat. Es gab die Sorge, dass Staaten

mit zu großer Nähe und dadurch unter zu starkem Einfluss des kommunistischen Herrschaftsbereichs wie Dominosteine vom Westen abfallen könnten. Die von George F. Kennan maßgeblich skizzierte Politik des Containment hatte schon mit dem Marshall-Plan das Ziel verfolgt, das Ausbreiten des Kommunismus einzudämmen. Das Konzept der nuklearen Abschreckung baute mit dem Wissen um die gegenseitige Vernichtungsfähigkeit darauf, dass ein ausreichendes Maß an Rationalität vorhanden sei – etwas, das in der Konfrontation mit Putin nicht mehr sicher scheint und deshalb die Bedrohung so anders macht. Stabil war das Gleichgewicht des Schreckens zwischen den Weltmächten jedoch nicht. Wir erlebten lange den Rüstungswettlauf beider Blöcke. Und auch wenn der Eiserner Vorhang für den europäischen Kontinent sogar eine Periode des relativen Friedens bedeutete, war es global gesehen eine Zeit voller dynamischer Konflikte und Stellvertreterkriege. Immer wieder ging es in der Berichterstattung um Kuba, das nach dem Putsch Fidel Castros isoliert wurde, dann zunehmend um den Krieg in Vietnam. Von den verdeckten Operationen der USA in der Phase der Dekolonialisierung auf dem afrikanischen Kontinent und in Lateinamerika, wo sich die US-Politik gegen sozialistische Regierungen richtete und dazu auch Militärjungen stützte, habe ich erst viel später gelesen. Das hatte gravierende Folgen für Anspruch und Selbstbild der westlichen Führungsmacht als moralisches Vorbild.

Für die westdeutsche Politik und Gesellschaft bedeutete der Kalte Krieg auch, von der Sicherheit und dem Schutz zu profitieren, den andere, namentlich die Vereinigten Staaten, uns garantierten. Die Bundesrepublik war zu diesem Zeitpunkt weder in der Lage noch willens, in diesen außen- und sicherheitspolitischen Angelegenheiten mitzuentcheiden. Und eigentlich war es doch auch ganz bequem, nicht selbst vorsorgen zu müssen. Die behütete Haltung – sollen das doch die Amerikaner machen – erleichterte vieles, und wir konnten als moralische Besserwisser die USA sogar noch kritisieren, um zu zeigen, dass wir aus unserer Vergangenheit gelernt haben. Diese Attitüde ist bis heute in Deutschland spürbar. Vor dem Hintergrund unserer Geschichte ist die sicherheitspolitische Reserviertheit zwar verständlich, wird dadurch aber noch nicht richtig, wie wir seit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine in einer Art Schnellkurs lernen. In den deutschen Reaktionen zeigt sich, dass wir einem Dilemma viel zu lange ausgewichen sind. Die Sicherheit des Friedens gibt es nicht kostenlos. Ihn zu wahren oder auch erst zu schaffen, verlangt Einsatzwillen für die eigenen Überzeugungen und poli-

tische Führung, um die Bevölkerung davon zu überzeugen: *Si vis pacem, para bellum*. Alles hat einen moralischen Preis. Das ist der Grund, weshalb ich Pazifismus als ethische Haltung respektiere, diese aber zur politischen Gestaltung für nicht geeignet halte. Die Vergangenheit kann jedenfalls nicht das Feigenblatt dafür sein, sich dauerhaft der Verantwortung für die eigene Sicherheit und die Europas zu entziehen.

In den sechziger Jahren wurde die Debatte über die Europa-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik innerhalb der Union vom überaus komplexen außenpolitischen Grundsatzstreit zwischen »Gaullisten« und »Atlantikern« dominiert. Die Atlantiker versammelten sich hinter Außen-, später dann Verteidigungsminister Gerhard Schröder, die Gaullisten hinter Adenauer, Strauß und Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier, der am 20. Juli 1944 mit Pistole und Taschenbibel im Gepäck im Berliner Bendlerblock auf den Umsturz gehofft hatte und als einer der wenigen aus dem Widerstand gegen Hitler nicht zum Tode verurteilt worden war, sondern im Zuchthaus überlebte. Er hatte in meinen Augen zwar stets etwas Rechthaberisches, aber seine Biografie, auch als Gründer des Hilfswerks der EKD, beeindruckte mich. Dennoch fand ich mich nicht in seinem Lager. De Gaulles Vision vom »europäischen Europa« kollidierte mit meiner Überzeugung, die USA als wesentlichen Garanten für die Sicherheit der Bundesrepublik anzusehen – auch wenn im Zuge der Berlinkrise eine gewisse Ernüchterung bei mir und in Teilen der Partei gegenüber dem transatlantischen Partner eingekehrt war. In der heftigen Kontroverse entwickelte Gerstenmaier seine Ellipsentheorie, wonach die NATO nicht mehr als ein Kreis mit einem Mittelpunkt, also mit der Befehlszentrale Washington im Zentrum, sondern als Ellipse mit dann zwei Brennpunkten gedacht werden sollte – neben der US-Hauptstadt eben auch Paris. Bei allen frankophilen Gefühlen: So weit ging meine Liebe zum Nachbarland dann doch nicht. In dieser strategisch zentralen Frage stand ich aufseiten der USA – sie waren unsere Schutzmacht.

Nicht zuletzt Kennedy hatte gerade uns Jüngere elektrisiert, dagegen verblasste selbst die Reise Charles de Gaulles durch die Bundesrepublik mit seinem umjubelten Auftritt in Ludwigsburg. Neben Kennedy und dem Glamour, den seine Frau Jacqueline verbreitete, sahen der französische Staatspräsident und vor allem Adenauer sehr alt aus. Sichtbar wurde der Generationenbruch beim Berlinbesuch im Juni 1963, als der junge US-Präsident neben dem greisen Kanzler stand, begleitet vom charismatischen Regieren-

den Bürgermeister West-Berlins Willy Brandt. Der Schock über Kennedys Ermordung wenige Monate später saß über Parteigrenzen und Generationen hinweg bei allen tief. In Freiburg nahm ich an einer Kundgebung am Münster teil, die Bilder von seinem legendären Auftritt vor dem Schöneberger Rathaus waren da noch frisch.

Der jahrelange Konflikt zwischen Atlantikern und Gaullisten verlor dann spätestens mit den Regierungswechseln 1969 in Paris und in Bonn und mit dem Gang der Union in die Opposition an Schärfe. Die neue Ostpolitik der jetzt sozialliberalen Regierung unter Brandt beruhigte fürs Erste die Auseinandersetzungen innerhalb der Union, indem sie die Lagerbildung zwischen den beiden großen Volksparteien nachdrücklich forcierte.

MEINE PARTEIPOLITISCHE HEIMAT: KONSERVATIV? CHRISTDEMOKRAT!

Ich wuchs in einem politischen Haushalt auf, in dem viel diskutiert wurde. Das prägt fürs Leben. Wie meine Brüder unterstützte ich das politische Engagement unseres Vaters, wir klebten in Wahlkämpfen Plakate und besuchten Versammlungen, oft auch der politischen Konkurrenz. Alle drei fanden wir unsere politische Heimat in der CDU, und auch Thomas sollte die Leidenschaft für die Politik später zum Beruf machen. Er war zunächst lange kommunalpolitisch erfolgreich und reüssierte dann in der baden-württembergischen Landespolitik.

Leitfigur der deutschen Politik war für mich in den Jahren der politischen Selbstfindung wie für viele andere damals der Bundeskanzler. Konrad Adenauer hat in seiner Amtszeit die Westintegration der Bundesrepublik durchgesetzt, das enge deutsch-französische Verhältnis begründet und die europäische Einigung mit auf den Weg gebracht. Als konservative Galionsfigur wurde er in den Worten seines Biografen Hans-Peter Schwarz zum entschiedenen »politischen Neuerer«. Dabei polarisierte er mit seinem rigorosen Antikommunismus, der die freiheitliche Demokratie für die bundesrepublikanische Gesellschaft umso heller strahlen ließ, zumal es dank der Sozialen Marktwirtschaft ökonomisch rasant aufwärtsging.

»Nehmen Sie die Menschen, wie sie sind, andere gibt es nicht«, lautete einer seiner Grundsätze, wofür er heftig gescholten wurde. Es wurde ihm vor-

geworfen, dass er wichtige Positionen pragmatisch mit NS-Belasteten besetzt hatte – allen voran Hans Globke, dem Chef des Kanzleramts. Ich vermute, dass er auf die fachliche und administrative Kompetenz mangels besserer Alternativen nicht verzichten wollte. So ganz anders war die Situation in der DDR nach dem Ende der SED-Diktatur auch nicht. Jede politische Führung tut nach grundstürzenden Veränderungen gut daran, das richtige Maß zu halten zwischen juristischer, moralischer und politischer Verantwortung und der Aufgabe, über alte Spaltungen hinweg auch zusammenzuführen. Im Übrigen hatte Adenauer persönlich eine reine Weste, und so hat es seinem Ansehen nicht wirklich geschadet. Er mag ein politisches Schlitzohr gewesen sein, aber er war eben auch eine Autorität. Er hielt die Balance zwischen seiner volkstümlichen Direktheit und seinem bürgerlichen Anspruch. Und er sprach in verständlicher Sprache über komplexe Fragen, um die es schon in der jungen Bundesrepublik ging.

Das Bild der SPD als Feind wurde in meiner Familie nicht gepflegt, auch wenn uns die oft bitterbösen Angriffe Kurt Schumachers gegen den Kanzler erregten und ich sogar einmal aus einer SPD-Wahlkampfversammlung geworfen wurde, weil ich meine freche Klappe nicht halten konnte. Die FDP stand uns in grundsätzlichen politischen Positionen zwar näher, aber wir Söhne spürten immer eine gewisse Distanz unseres Vaters zum Habitus und zum Gesellschaftsbild der Liberalen. Die CDU war damals nicht »schickimicki«, und das ist sie auch heute nicht. Sie ist im Vergleich zu anderen Parteien ländlicher geprägt. Ihre mangelnde Verwurzelung in den Großstädten zählt immer noch zu den großen Problemen der Union. Damals gehörten ihr relativ viele Arbeiter an, allerdings weniger die gewerkschaftlich gebundenen. Adenauer übte parteiübergreifend gerade auf die sogenannten einfachen Leute eine enorme Ausstrahlung aus. Wir waren die Partei der »Normalen«, eher kirchlich Orientierten, des Mittelstands, darunter viele Frauen – jedenfalls in der Wählerschaft der CDU. Unter den Mitgliedern war das nicht der Fall, aber die Zustimmung unter den Wählerinnen zu Adenauer war hoch. Nach meiner späteren Erfahrung wählen Frauen übrigens, anders als viele voraussetzen, keineswegs automatisch mehrheitlich Frauen – was innerparteilich Teil einer Erklärung für unser langes Ringen um eine Frauenquote ist.

Ein christdemokratisches Weltbild während des Wirtschaftswunders im geteilten Land hatte klare Koordinaten: Gesellschaftlich hieß es, klassisch-bürgerliche Werte zu wahren, politisch, festen Kurs gegen den Kommunismus zu

halten. Die Deutsche Einheit war nur in Frieden *und* Freiheit zu gewinnen – und im Zweifel stand Freiheit vor Einheit. In den Auseinandersetzungen mit den Sozialdemokraten der fünfziger Jahre, als Stalin mit seinen Deutschlandnoten lockte, war die Union bei der Überzeugung geblieben, dass die Einheit nicht um den Preis der Neutralisierung des Landes erkaufte werden durfte.

Zum Markenkern der CDU gehörte natürlich die Soziale Marktwirtschaft. Adenauers konsequente Politik von Westintegration und europäischer Einigung wäre ohne die erfolgreiche wirtschaftliche und soziale Entwicklung, die mit dem Begriff »Wirtschaftswunder« beschrieben und mit dem Namen Ludwig Erhard verbunden ist, wahrscheinlich nicht so stabil und erfolgreich gewesen. In der Bundesrepublik setzten vor allem die Sozialdemokraten eher auf den Staat, der Gerechtigkeit herstellen soll, als auf die Selbstregulierungskräfte des freien Marktes. Ich hielt dagegen schon als junger Mann mehr davon, dass nur da, wo der Markt die Kombination aus Gerechtigkeit und Fairness nicht gewährleistet, der ausgleichende Staat eingreifen muss. Die Soziale Marktwirtschaft beruht auf der ausgewogenen Balance zwischen einer auf Markt und Wettbewerb gründenden Wirtschaftsordnung und einem auf Chancengleichheit und sozialen Ausgleich zielenden Gesellschaftssystem. Das Denken Ludwig Erhards als »Vater« des deutschen Wirtschaftswunders folgte dem Verständnis einer humanen Ordnung, die dem Menschen die Entfaltung seiner Möglichkeiten erlaubt, die gleichzeitig aber auch einen Rahmen steckt, der soziale Gerechtigkeit ermöglicht. Dem Menschen zu einem verantwortlichen Umgang mit Freiheit zu verhelfen, sollte nicht durch Zwang erfolgen, sondern durch klug gesetzte Anreize. Der zugrunde liegenden ordoliberalen Wirtschaftskonzeption der Freiburger Schule um Walter Eucken und seine Mitstreiter Alexander Rüstow, Franz Böhm und Wilhelm Röpke habe ich mich in meiner Studienzeit gedanklich immer stärker angenähert. Sie ist wertorientiert und anthropozentrisch. Ökonomisches Handeln ist demnach kein Selbstzweck, sein Ziel ist vielmehr das Wohlergehen der Menschen. Der Mensch ist allerdings, so sehr er zur Freiheit begabt und zu Großem fähig ist – in den Worten Kants –, auch aus allzu krummem Holz geschnitzt; verführbar, ängstlich, irrational. Er handelt nicht nur zum Wohle der Mitmenschen, weshalb dem Markt und seinen Akteuren dort, wo diese die gesellschaftlichen Werte und die Legitimation unserer Wirtschaftsordnung unterlaufen könnten, durch die Politik Grenzen gesetzt werden müssen.

Der Nestor der katholischen Soziallehre in Deutschland, Oswald von Nell-

Breuning, hat die Soziale Marktwirtschaft als eine dem Menschen besonders gemäße Ordnung bezeichnet, weil sie ihn moralisch weder über- noch unterfordere. Er dürfe seinem Eigennutz folgen und müsse gleichzeitig soziale Grenzen, Ausgleich und Nachhaltigkeit akzeptieren. Eine Politik, die dem Menschen in seiner Schwäche, seiner Stärke und in seinem Freiheitsbedürfnis gerecht werden will, muss das Gleichgewicht zwischen zu wenigen und zu vielen Regeln permanent neu justieren. Dieser Aufgabe fühle ich mich politisch verpflichtet. Es geht um Maß und Mitte. Die vollkommene Harmonie zwischen den Kräften des Marktes und sozialen Erwägungen bleibt dabei jedoch ein Ideal, das in dynamischen Gesellschaften niemals zu realisieren ist.

Ich bin in meinem politischen Leben immer wieder danach gefragt worden, was ich darunter verstehe, konservativ zu sein. In einer Welt rasanter Veränderungen ist es notwendig, dem Wandel eine menschenverträgliche Gestalt zu geben. Konservativ zu sein, heißt für mich gerade nicht, der Macht ergeben zu sein, rückwärtsgewandt, altmodisch oder gar reaktionär, im Gegenteil. Eine konservative Grundhaltung erlaubt Neues, aber sie zwingt nicht dazu, Bewährtes radikal abzulehnen, Erfahrung einfach beiseitezuschieben. Der Konservative, wie ich ihn verstehe, steht deshalb auch nicht notwendigerweise im Widerspruch zu technologischem Fortschritt oder gesellschaftspolitischer Veränderung. Er nimmt sich aber die Freiheit, das Machbare danach zu befragen, ob es sich mit den Werten und Tugenden verträgt, die wir schätzen.

Das Neue muss sich gegenüber dem Vorhandenen beweisen. Zwar ist nichts per se richtig, weil es schon immer so war, aber es ist deswegen auch nicht unbedingt falsch: In dem Sinne bin ich in meiner Grundausrichtung konservativ. Aber ich habe mich eigentlich nie als in erster Linie konservativen Politiker verstanden, sondern als Christdemokraten. Denn unverwechselbar an der CDU ist für mich das Menschenbild, das darauf basiert, wie der Mensch ist – und nicht, wie er sein soll. Die christliche Auffassung, die vom fehlbaren Menschen ausgeht, ist für mich das, was in der Union über alle Unterschiede hinweg verbindet. Deshalb berührt die Debatte über das »C« das Selbstverständnis der Partei, und deshalb verrät der gelegentlich diskutierte Gedanke, das »C« zu streichen, ein fundamentales Unverständnis über das, was die Partei an Gemeinsamkeit braucht.

MEIN »KONFIRMANDENGLAUBE«: NIMM DICH NICHT ZU WICHTIG

Über meinen Glauben habe ich in ausführlichen Gesprächen häufig Auskunft gegeben und ihn darin als Quelle der Vergewisserung und der Gelassenheit beschrieben. Ich fühle mich durch ihn für die Widrigkeiten des Lebens besser gerüstet, auch wenn das nicht immer gleich stark wirkt. Ich empfinde mich nicht als besonders fromm, spreche lieber von einer Art »Konfirmandenglauben«, den ich mir bewahrt habe. Ich glaube eben, dass wir nicht aus eigener Macht heraus leben und dass wir uns mit dem Grund unserer Existenz gar nicht beschäftigen können, ohne auf eine Dimension zu stoßen, die sich menschlichen Kategorien entzieht.

Die größte Entsprechung für das, was ich glaube, habe ich in der Musik von Bach gefunden, der in seinen Passionen den Menschen nicht heldenhaft zeigt, sondern sündig und begrenzt. Musik begleitet mich schon mein ganzes Leben und ist noch wichtiger geworden, seitdem ich durch die Querschnittslähmung anderen Leidenschaften wie dem Sport nicht mehr nachgehen kann. Für mich hat sie eine ungemein tröstende Kraft, so wie ich im Laufe meines Lebens immer stärker die Erfahrung gemacht habe, wie wichtig mir der Halt im Glauben ist. Der Glaube ermöglicht eine realistische Perspektive: Es gibt Dinge, die wir nicht beeinflussen können, wie in meinem Fall das Attentat eines geistig Verwirrten. Die Begrenztheit der menschlichen Existenz ist unausweichlich, diese ist unvollkommen, doch sie hat auch ihre Freiheiten: In diesem Bewusstsein erkenne ich eine gute Grundlage für realistisches Handeln, für eine pragmatische und menschenwürdige Politik.

Auf die Frage, was der beste Rat in meinem Leben gewesen sei, antworte ich gern mit dem Hinweis auf die in meiner Jugend populäre italienische Filmreihe *Don Camillo und Peppone*. In einer Folge wendet sich Pfarrer Don Camillo mit seinen Sorgen an das Kruzifix in seiner Dorfkirche und bekommt von Jesus die Antwort: »Nimm dich nicht so wichtig.« Von Papst Johannes XXIII. wird Ähnliches erzählt. Er soll im Traum einem Engel von der übergroßen Verantwortung geklagt haben, die auf ihm laste, und der Engel habe geantwortet: »Giovanni, nimm dich nicht so wichtig.« In diesem Rat schwingt eine Reminiszenz an das Menschenbild mit, das einem Christen wie mir naheliegt: die Erinnerung an die Vergänglichkeit. Der Mensch ist ver-

antwortlich, aber nicht allmächtig. »Wo immer in der Welt einer nicht mehr weiß, dass er höchstens der Zweite ist, da ist bald der Teufel los.« Das hat Bischof Joachim Reinelt 1995 zum fünfzigsten Jahrestag der Bombardierung Dresdens gesagt. Der Satz begleitet mich seitdem, denn Christen wissen, dass wir Menschen nur für die vorletzten Dinge zuständig sind. Für mich gibt es keinen treffenderen Ausdruck der demütigen Selbstbegrenzung politischen Handelns als jenen in den Worten, mit denen unser Grundgesetz beginnt: »In Verantwortung vor Gott und den Menschen.«

Wir Menschen brauchen Grenzen – aber wollen sie in der Regel nicht akzeptieren. Ich habe diesem Problem während der Pandemie ein Buch gewidmet, weil ich mir erhoffte, die Grenzerfahrungen, die wir damals alle machten, könnten uns dabei helfen, innerhalb unserer Möglichkeiten besser zu werden. Sowenig wir Grenzen im Allgemeinen zustimmen wollen, sowenig liegt es in unserer Natur anzuerkennen, dass es etwas Höheres als uns gibt. Betrachtet man die Menschheitsgeschichte, liegt es offenbar vielmehr in unserer Natur, immer wieder auszutesten, ob wir nicht ohne Grenzen zu recht kommen. Das forschende Streben zu verbieten, hielte ich dennoch für grundfalsch, aber angesichts der gewachsenen Möglichkeiten sollten wir diesbezüglich besonnen bleiben. Menschlicher Fortschritt, technologische Innovation sind immer Segen und Fluch zugleich, seit Prometheus den Menschen das Feuer brachte. In den großen ethischen Debatten der vergangenen Jahrzehnte über die ersten und die letzten Dinge, von der Embryonenforschung und der Präimplantationsdiagnostik bis zur Sterbehilfe, bin ich stets dem Grundsatz gefolgt, uns nicht zu früh neuer Möglichkeiten zu berauben, gleichzeitig aber im Zweifel vorsichtig zu bleiben und darauf zu achten, dass die politischen Entscheidungen, die wir treffen, nicht unumkehrbar sind. Denn je mehr der Mensch kann, desto kritischer muss er werden, das gilt von der Genomik bis zur Künstlichen Intelligenz.

KIRCHE ALS HEIMAT

In den fünfziger Jahren hatte die Konfession gesellschaftlich noch eine große Bedeutung. Für meine katholische Großmutter väterlicherseits soll die evangelische Heirat ihres Jüngsten eine richtige Gewissensnot bedeutet haben, erst recht dass ihre Enkel nicht katholisch waren. Das hatten meine Eltern wohl

deshalb so entschieden, weil sich meine Mutter in erster Linie um die Erziehung kümmerte. Mein Vater wurde exkommuniziert, weil er uns Kinder evangelisch aufwachsen ließ. »Wenn ich sterbe, kannst du wegen der Beerdigung gleich zum evangelischen Pfarrer gehen«, sagte er einmal zu meiner Mutter. Als er starb, fehlte zunächst tatsächlich der katholische Pfarrer – er kam dann aber doch noch gerade rechtzeitig, bevor wir den evangelischen Amtsbruder bitten wollten.

Ein großer Kirchgänger war mein Vater nicht, allenfalls zur Christmette an Weihnachten. Aber als örtlicher CDU-Repräsentant unterhielt er natürlich gute Beziehungen zur Kirche. Auf die Unterstützung des jeweiligen Stadtpfarrers war er angewiesen. Hornberg, vorwiegend evangelisch, weil es früher einmal zu Württemberg gehörte, und von einer Industriearbeiterschaft geprägt, wählte traditionell sozialdemokratisch. Das benachbarte Haslach dagegen war stärker katholisch, und hier kam die CDU auf die Idee, meinen Vater zu einer Kandidatur als Bürgermeister zu bewegen. Er hatte es wohl auch erwogen, aber dann intervenierte das erzbischöfliche Ordinariat in Freiburg. Einen Evangelischen hätte man dort wohl noch zähneknirschend hingenommen, aber ein von den Sakramenten ausgeschlossener Katholik war indiskutabel. Mein Vater nahm Abstand von der Kandidatur, und ich war nachträglich froh, dass der Kelch so auch an mir vorübergegangen war. Denn das Kind des Bürgermeisters einer Kleinstadt zu sein, war damals kein Vergnügen und mindestens so bescheiden, wie Kind des Schuldirektors zu sein – nur Pfarrerskind wäre vielleicht noch schlechter gewesen.

Als ich 1972 selbst in einem überwiegend katholischen Wahlkreis für den Bundestag kandidierte, hatten sich die Zeiten gewandelt. Damals wurden viele Argumente gegen mich vorgebracht, nicht zuletzt mein Alter. Die Konfession aber spielte keine Rolle mehr. Ich fühle mich in meiner evangelischen Kirche zu Hause, auch wenn in den Leitungsgremien oft andere politische Meinungen als meine eigene vertreten werden. Als ich in meine Gemeinde neu zugezogen war, besuchte mich der dortige Pfarrer, der aus der DDR ins Badische gekommen war. Irgendwann in dem Gespräch sagte ich ihm, er könne jede politische Meinung vertreten, aber bitte nicht zu einseitig in der Predigt. Es könnte sonst passieren, dass ich noch im Gottesdienst von der Freiheit eines Christenmenschen Gebrauch machen und ihm widersprechen würde. Ich bot ihm dazu auch als Wette an, dass ich vielleicht nicht in den Leitungsgremien, aber bestimmt unter den Gottesdienstbesuchern über eine

stabile CDU-Mehrheit verfügte. Ditmar Gasse und ich sind enge Freunde geworden, und ich vermute, dass ihn die Freundschaft mit mir bei einer Dekanatswahl in der Bezirkssynode die Wahl kostete. Gesagt hat er das aber nie. Ich erinnere mich auch noch lebhaft an eine Sondersitzung der Bezirkssynode zur Kernenergie, die nach der Katastrophe von Tschernobyl vom damaligen Dekan ausgerechnet in den Gemeindesaal meiner Heimatgemeinde einberufen und zu der ich als Kanzleramtsminister mit entschiedenen Worten beinahe vorgeladen wurde. Ich entschuldigte mich höflich mit wirklich unabdingbaren Verpflichtungen in Bonn und wünschte der Versammlung gute Beratung, aber auch die Demut, sich selbst in der größten Erregung nicht zu sicher zu sein. Diese Bemerkung habe in der aufgeheizten Stimmung das Fass zum Überlaufen gebracht, wurde mir später offiziell mitgeteilt. Eine vorbereitete Resolution wurde einstimmig angenommen und mein befreundeter Gemeindepfarrer, der an der Sitzung selbst nicht teilgenommen hatte, im Anschluss ultimativ aufgefordert, sie zu unterschreiben. »Dafür habe ich die DDR nicht verlassen«, antwortete er und unterschrieb nicht. Dekan wurde er später trotzdem.

Kirche ist für mich ein notwendiger Stachel im Fleisch der Gesellschaft. Als Mahnung, nicht bei unseren Wohlstandsproblemen stehen zu bleiben und die globalen Zusammenhänge zwischen unserer Art zu leben und der Armut, Ausbeutung und dem Elend in anderen Teilen der Welt zu erkennen. Als Appell an uns alle, in unserem Umfeld und mit unseren Möglichkeiten Verantwortung zu übernehmen. Sie muss aber auch aufpassen, sich dabei nicht nur im Mainstream der Political Correctness mit größter Betroffenheit zu engagieren. Was ethisch geboten erscheint, so die Erfahrung meines langen politischen Lebens, kann in der Praxis schlicht nicht umsetzbar sein. Werte, Interessen und Möglichkeiten sind nicht immer in Deckung zu bringen. Wir werden in der Politik mit der Welt konfrontiert, wie sie ist – erlösungsbedürftig, wie wir Christen glauben. Man kann das als Zumutung begreifen. Resignieren dürfen wir trotzdem nicht. Als politisch Verantwortliche nicht – und als Christen ohnehin nicht. Ein Politiker muss zuversichtlich sein, sonst würde er von der Unlösbarkeit all dessen, was auf uns einstürzt, und von der Unvorhersehbarkeit erdrückt.

SCHULZEIT – UND EINE ABGEBROCHENE JOURNALISTISCHE KARRIERE

Durchschnitt haben wir genug: Dieser bildungsbürgerliche Anspruch meines Vaters prägte meine Schulzeit. Geschadet hat es keinem von uns Brüdern. Neues zu lernen, hat mich immer inspiriert. Niemand erreicht jemals einen Punkt, an dem er mit dem Lernen aufhören sollte. Ich habe mir jedenfalls die Neugier bewahrt, stets noch etwas mehr wissen zu wollen, gerade auf den Feldern, die mir eher fremd sind. Die wissenschaftlich-technologischen Entwicklungen, die zunehmend fließenden Grenzen zwischen Mensch und Maschine, der digitale Raum, in dem ich mich als *digital immigrant* empfinde, noch dazu schlecht integriert – dies alles übt einen großen Reiz auf mich aus, auch wenn ich nur einen Bruchteil davon verstehe und für die Furcht vor Dystopien, wie sie etwa der Historiker Yuval Noah Harari überaus anregend entwickelt, nicht geschaffen bin.

Dennoch war Schule für mich eher eine Pflichtübung, außer vielleicht Mathematik, wo ich eine besondere Begabung zeigte. Wichtiger war, was neben der Schule möglich blieb. Vor allem der Sport, Fußball, später dann Tennis. Es wurde zur Leidenschaft, der ich im Doppel mit meinem Freund Gerd Lehmann bis zum Attentat nachging. Von meinem älteren Bruder »erbte« ich als knapp Fünfzehnjähriger den Nebenerwerb als Lokalberichterstatter für den *Schwarzwälder Boten*. Acht Pfennig pro Spaltenzeile summierten sich auf bis zu 200 DM im Monat – eine stolze Summe, die mir erlaubte, für mein Alter ganz gut zu leben. Vor allem als ich dann den Führerschein hatte und mit Freunden oder meiner Freundin ausging. Die Tätigkeit habe ich schnell rationalisiert. Im Ort gab es mit dem *Offenburger Tageblatt* eine etwas auflagenstärkere Konkurrenz. Mit dem dort schreibenden Kollegen traf ich die Abmachung, getrennt zu Veranstaltungen oder Mitgliederversammlungen zu gehen und die Durchschläge einfach auszutauschen, um sie dann nur noch leicht umzuschreiben. Meine journalistische Karriere endete allerdings mit einem Knall, als ich über ein örtliches Kirchenkonzert kritisch berichtete und die Redaktion »meiner« Zeitung dem wütenden Kantor nicht widersprach, sondern sich entschuldigte. Erboost darüber, mir in den Rücken zu fallen, statt zu meiner Verteidigung die Flagge journalistischer Freiheit zu hissen, kündigte ich. Ein Journalist wurde aus mir also nicht. Aber ich hatte in dieser Zeit, als

ich neben der Schule, dem Geigenspiel im Orchester und vor allem dem Sport auch noch für die Zeitung schrieb, immerhin gelernt, unterschiedliche Dinge gleichzeitig zu erledigen.

Dem Schreiben blieb ich treu. In meinem Hausacher Gymnasium hatte ich mit ein paar interessierten Mitschülern eine Schülerzeitung gegründet, das *Tintenfass*. Pflegeleicht waren wir nicht. Als 1959 eine neue Stadt- und Turnhalle im Ort gebaut wurde, erschien ein meinungsstarker Artikel, der überaus kritisch auf die funktionale Architektur des Baues zielte. Es lohnt, den Bericht nachzulesen, der sechzig Jahre später vom Hausacher Museum dazu veröffentlicht wurde, weil er ein etwas anderes Licht auf die gemeinhin als muffig und verkrustet wahrgenommenen fünfziger Jahre wirft. Der Architekt wehrte sich und schrieb dem Schuldirektor empört, Kritik sei doch überhaupt erst dann erlaubt, wenn man zu selbstständigem Denken genügend erzogen sei. Gegenüber dem Direktor, bei dem ich einen Stein im Brett hatte, weil er auch mein Mathelehrer war, verteidigte ich daraufhin lautstark die Pressefreiheit. Die Antwort, die dem Architekten schließlich gegeben wurde, entspricht gewiss nicht den gängigen Vorstellungen dieser Jahre. Ziel einer demokratischen Erziehung sei es, den Schüler zu eigenem Denken und zur eigenen Stellungnahme zu führen, ist darin zu lesen. Autoritäre Methoden gehörten deshalb einer vergangenen Zeit an. Nicht den Untertan, sondern den selbstständig denkenden Menschen strebe die Schule an, weshalb der jungen Generation eine eigene Meinung zuzubilligen sei.

In meiner Erinnerung erlebte ich die Schule denn auch nicht als autoritär. Unterdrückt fühlte ich mich nie. Es war vielmehr ein Ort, an dem debattiert werden konnte. Wir waren keine große Klasse, am Ende siebzehn Abiturienten. Unter ihnen gab es neben mir als Christdemokraten einen überzeugten Anhänger der FDP und einen der SPD. Wir waren Antipoden und haben über alle großen Fragen leidenschaftlich diskutiert. In der Klasse spotteten wir gern, wobei ich am liebsten Witze über die CDU riss. Die anderen allerdings auch. Geärgert hat mich das natürlich schon, aber gleichzeitig habe ich mich überlegen gefühlt. Ziel von Witzen zu sein, war eben das Privileg der regierenden Partei, und mit der Rollenverteilung konnte ich gut leben. Meine Neigung zum Spotten ist mir geblieben – schon allein um nicht alles so bitter-ernst nehmen zu müssen.

HINAUS INS LEBEN: STUDIUM IN FREIBURG UND HAMBURG

Nach dem Abitur musste ich zunächst warten, bis mein älterer Bruder sein Examen bestanden hatte. Es überstieg die Möglichkeiten meiner Eltern, zwei Söhnen gleichzeitig das Studium zu finanzieren, aber ein Stipendium zu beantragen, widersprach dem Stolz meines Vaters. Wollten wir uns selbst etwas dazuverdienen, konnten wir das in seiner Steuerkanzlei tun, wo ich von der Pike auf Buchhaltung und die Erstellung von Jahresabschlüssen lernte.

Bis zum Studienantritt war ich ein halbes Jahr als Praktikant bei der Sparkasse tätig, was mir als eine schöne Zeit in Erinnerung ist, verbunden mit manch skurriler Begegnung – darunter der spätere Sparkassendirektor, ein Kriegsteilnehmer, der am Oberschenkel amputiert war, als Handballtorwart aber dennoch einen guten Ruf hatte. Er konnte im Büro lästige Fliegen mit der Hand fangen und erklärte gern, so habe er es im Krieg mit feindlichen Kugeln auch gehalten. Wirklich aufregend war das halbe Jahr bei der Bank aber nicht, abgesehen von meiner Mitwirkung am regelmäßigen Geldtransport. Einmal wöchentlich mussten nämlich zur Auszahlung von Löhnen und Gehältern bei der Außenstelle der Landeszentralbank in Offenburg große Mengen an Bargeld abgeholt werden. Der dafür zuständige Hausmeister war stark sehbehindert, sodass mir wegen meines Führerscheins die Aufgabe zufiel, ihm als Fahrer zu dienen. Bewaffnet war er auch, ich bezweifle jedoch, dass er die Pistole hätte bedienen können. Ich selbst hatte nie eine Waffe in der Hand gehabt. Wir wären ein leichtes Ziel für einen Überfall gewesen, denn nachdem die Taschen mit Geld gefüllt waren und wir uns auf den Weg zurück gemacht hatten, hielten wir oft noch bei der italienischen Eisdielen am Ort. Außerhalb der Stadt rasteten wir dann im Schatten eines Baumes, um das Eis zu essen – das Auto am Straßenrand abgestellt, voller Geld, und mit der Pistole im Handschuhfach. Nicht nur einmal ging uns durch den Kopf, was man wohl mit so viel Geld alles anfangen könnte, und wir träumten davon, einfach bis nach Italien weiterzufahren. Mit viel Geld bekam ich es beruflich dann erst sehr viel später wieder zu tun – vor allem mit vielen Schulden.

Zur Bundeswehr musste ich nicht, ich habe mich auch nicht danach gedrängt. Als mich die Aufforderung zur Musterung erreichte, studierte ich

bereits. So leistete in meiner Familie nur mein jüngerer Bruder Wehrdienst – und viel später, nach dem Ende des Kalten Kriegs in den neunziger Jahren, mein Sohn. Die militärische Tradition in der Familie Schäuble – mein Vater war zweimal im Einsatz beim Volkssturm – ist also bescheiden. Späteren Avancen, das Verteidigungsministerium zu übernehmen, habe ich auch deshalb stets widerstanden.

1961 begann ich schließlich mein Studium der Jurisprudenz. Für mich erschien der Umzug nach Freiburg als ein Aufbruch in die große weite Welt. Und die war mir dann zunächst auch entsprechend fremd, eine überschwängliche »Hoppla, jetzt komm ich«-Haltung hatte ich nicht. Aber ich verfügte über genügend Selbstbewusstsein, um zu wissen, dass die anderen auch nur mit Wasser kochten. Auch meine Brüder studierten Jura, wir drei Söhne haben so verwirklicht, was unser Vater für sich selbst gewollt hatte, was ihm aber verwehrt geblieben war. Vorschriften in diese Richtung hatte er aber keinem von uns gemacht, sein Einfluss erfolgte unbewusst.

Die Logik und Systematik im Recht fesseln mich immer noch. Allerdings würde ich heute womöglich eher den Weg ins Strafrecht einschlagen, um als Verteidiger tätig zu werden. Der Fokus auf Psychologie und Empathie reizt mich hier besonders, auch weil mein eigenes Einfühlungsvermögen im Laufe der Jahre zugenommen hat. Prägend wurde das Jurastudium für mich als Politiker vor allem dadurch, dass man als Anwalt nur verhandeln kann, wenn man den Verhandlungspartner versteht. *Audiatur et altera pars*, sagt der Jurist, und »Eines Mannes Rede, ist keines Mannes Rede« ist ein altdeutscher Rechtssatz. Auch als politischer Verhandler muss man beide Seiten kennen. Man muss sich in den anderen hineinversetzen, auch einmal die Sicht des Gegenübers einnehmen. Die Bereitschaft, die Perspektive des jeweils anderen bei Entscheidungen mitzudenken, ist für mich stets von essenzieller Bedeutung für verantwortungsbewusste Politik geblieben.

Im Laufe meines Studiums wurde Fritz Rittner, eine Koryphäe im Wirtschafts- und Handelsrecht, mein akademischer Lehrer. Sein Seminar war anspruchsvoll und versammelte interessante junge Juristen, von denen einige später beachtliche Karrieren in Kanzleien, Wirtschaft und Wissenschaft gemacht haben. Dem besonderen Stand, den ich bei Rittner genoss, tat auch keinen Abbruch, dass ich durch mein politisches Engagement vom akademischen Weg abgog – obwohl mir die Politik damals nie als ein Berufsziel erschienen war. Nach meinem Staatsexamen regte Rittner an, bei ihm zu pro-

movieren, und offerierte mir dazu auch die passende wissenschaftliche Assistentenstelle.

Zu den Stars der rechtswissenschaftlichen Fakultät gehörte damals zweifellos Horst Ehmke. Mit ihm habe ich eine spannungsreiche Beziehung gepflegt. In Freiburg begegneten wir uns bereits 1969 außerhalb der Universität als politische Konkurrenten, ich als Wahlkampfleiter des CDU-Kandidaten, Ehmke als umschwärmte Größe der Jüngeren in der SPD, der bei seinen Veranstaltungen mit Gästen wie Günter Grass aufwartete. Dass Ehmke – wie eine Reihe anderer prominenter Angehöriger der »Flakhelfer«-Generation – auf der Mitgliederliste der NSDAP, Grass sogar der Waffen-SS auftauchen, wurde erst kurz vor ihrem Tod öffentlich. Über die Umstände ihres Beitritts im Krieg will ich nicht spekulieren, und ich fälle als Nachgeborener erst recht kein Urteil darüber. Ich überlege aber manchmal mit Blick auf den von wenigen Selbstzweifeln angekränkelten moralischen Furor des Achtundsechziger-Zeitgeists, was wohl für ein öffentlicher Skandal ausgebrochen wäre, wenn Ehmke, Grass oder auch Walter Jens in der CDU gewesen wären.

Ehmke und ich lieferten uns heftige Wortgefechte, auch später im Bundestag. Als Kanzleramtsminister unter Willy Brandt machte er sich schnell Feinde bis in die eigenen Reihen. Seine hohe Intelligenz gepaart mit seinem ausgeprägten Selbstbewusstsein stand ihm eher im Weg. Ein führender Sozialdemokrat hat es einmal so formuliert: Neunzig Prozent seiner Zeit sei Ehmke im Kanzleramt mit der Lösung von Problemen beschäftigt, die es ohne ihn gar nicht gegeben hätte. Als Helmut Kohl mich 1984 als Bundesminister für besondere Aufgaben zum Chef des Kanzleramts berief, nahm mich Karl Carstens, der selbst einmal als beamteter Staatssekretär in dieser Rolle gewesen war, zur Seite. Er schätze mich sehr, hob er freundlich an, aber dieses Amt müsse ein Beamter ausüben, kein Politiker, der sich profilieren will, das sei schon bei Ehmke schiefgegangen – worauf ich ihm wahrheitsgemäß entgegnete, er könne beruhigt sein, weil ich in vielem so ziemlich das genaue Gegenteil von Ehmke sei.

Der berühmteste unter den Professoren, die ich in meiner Freiburger Zeit – persönlich allerdings nur flüchtig – kennenlernte, war Friedrich August von Hayek. Als Vorstandsmitglied des Walter Eucken Instituts entwickelte Hayek das Konzept des Ordoliberalismus der Freiburger Schule weiter, eine Denkrichtung, die – wie ich bereits geschildert habe – für mich als Politiker nachhaltig prägend wurde. Der spätere Nobelpreisträger warnte vor der »Anma-

ßung von Wissen«, vor der »Überheblichkeit der Vernunft«. Bei Hayek habe ich gelernt, was ich im Laufe meines Lebens immer besser nachvollziehen konnte, dass es nämlich oft, wenn nicht sogar meist anders kommt, als wir denken. Wir neigen dazu, die Gegenwart in die Zukunft fortzuschreiben, dabei kennen wir glücklicherweise die Determinanten künftiger Entwicklungen nicht. Diese Unwissenheit ist eine Grundbedingung menschlicher Existenz und zugleich Voraussetzung für Freiheit. Das Gegenteil zu behaupten und daraus eine kompromisslose Politik zu begründen, führt geradewegs ins Elend der Ideologie.

Eine Politik, die sich in diesem Sinne nicht so wichtig nimmt, trifft sich für mich mit der Gesellschaftsphilosophie Karl Poppers, die ich seit meiner Studienzeit bewundere. Ich bin Anhänger seiner Lehren und seiner Denkweise, denn auf ihr basiert letztlich die Zuversicht, ohne die ich nie Politik machen könnte. In offenen Gesellschaften schränken wir unsere Entwicklungsmöglichkeiten nicht durch voreilige Festlegungen zu sehr ein, sondern treffen Entscheidungen im offenen Diskurs, mit Begründungszwang und mit Respekt vor der jeweils anderen Meinung. Popper hat in seinem Buch über die *Offene Gesellschaft und ihre Feinde* bereits im Jahr des Kriegsendes gezeigt, dass freiheitliche Ordnungen genauso mit Fehlern behaftet sind wie unfreie, ihre spezifische Stärke jedoch darin gründet, dass sie Fehler korrigieren können. Für totalitäre Systeme ist dagegen jeder Fehler existenzbedrohend. Aus diesem Grund ist die offene Gesellschaft, mit ihrem vorsichtigen Vorgehen, mit der Methode von *trial and error*, jedem totalitären System überlegen. In der Deutschlandpolitik habe ich dafür später genügend Anschauungsmaterial gewonnen.

COLLOQUIUM POLITICUM

Ein geistig anregendes Betätigungsfeld – noch dazu ein Job, der mit 800 DM ziemlich ordentlich bezahlt wurde – eröffnete sich mir im traditionsreichen *Colloquium politicum*. Es hatte in Freiburg Tradition, dass gerade auch die Juristen und Ökonomen politisch dachten, was die Freiburger Schule erst zu einem wichtigen Ort für die intellektuelle Begründung der Bundesrepublik werden ließ. Dazu kam meine Beziehung zum damaligen Leiter, Dieter Oberndörfer, der mit seinem akademischen Lehrer Arnold Bergstraesser

nach dem Krieg von Freiburg aus zu einem Pionier der politischen Bildung in unserem Land wurde. Bergstraesser habe ich nicht persönlich kennengelernt, aber mit Oberndörfer halte ich bis heute Kontakt.

Ich fand es eine faszinierende Aufgabe, in der hochideologisierten Atmosphäre dieser Jahre Räume für den rationalen Diskurs zu schaffen, zu dem wir Vertreter und Gruppierungen aus einem breiten wissenschaftlichen und politischen Spektrum einluden. Die Universität als Ort der Forschung und der wissenschaftlichen Lehre, aber eben auch als ein offener Streitraum – das ist ein Idealbild, an dem ich festhalten möchte und für das ich in den vergangenen Jahren wiederholt an Hochschulen geworben habe. Denn ich beobachte mit Sorge, dass die Tendenzen, die Freiheit des Arguments einschränken zu wollen – eine moralisierende und rechthaberische Abkehr von Toleranz –, auch vor deutschen Universitäten nicht haltmachen. Das einstige Aufbegehren gegen Autoritäten, um an den Universitäten einem breiten Meinungsspektrum Gehör zu verschaffen, scheint ins Gegenteil zu kippen. Die Redefreiheit wird unter Verweis auf die Political Correctness eingeschränkt, wenn ein selbst ernannter demokratischer Mainstream darüber befindet, was diskutiert werden darf und was nicht. Die Fähigkeit, andere, womöglich sogar abwegige Meinungen auszuhalten, mit ihnen fair umzugehen und in einen sachorientierten Streit zu treten, hat viel mit Bildung zu tun – auch daran müssen Universitäten arbeiten. Denn Auseinandersetzung und der produktive Streit sind gleichermaßen konstitutiv für die Wissenschaft wie die demokratische Gesellschaft – und Meinungsfreiheit sichert nur, wer sie konsequent anwendet.

HEISSES PFLASTER FREIBURG – ACHTUNDSECHZIG UND DER RCDS

Meine Erfahrung ist, dass es Menschen gibt, die froh sind, Entscheidungen anderen überlassen zu können, und solche, die in einer Gruppe mitentscheiden wollen, wie es läuft – und wohin. Das fängt oft in der Schule an. Wenn man Glück hat, wird es später zum Beruf. Ich war Klassen-, später auch Schulsprecher, und ähnlich ging es vielen Abgeordnetenkollegen, die ich im Bundestag über all die Jahre kennengelernt habe. Politik hat mich immer fasziniert. Der Jungen Union Südbaden trat ich unter dem Eindruck des Mauerbaus 1961 bei. Der Eintritt in die CDU folgte 1965. An der Universität

war mir da bereits der RCDS zur politischen Heimat geworden. Die beiden Semester, die ich 1963 in Hamburg verbrachte, wo ich mich fachlich stärker dem Studium der Volkswirtschaft widmete, sind für mich auch dadurch wichtig geworden, dass ich hier zum Vorsitzenden des RCDS gewählt wurde.

In Hamburg kam ich in die aufgewühlte Atmosphäre kurz nach der *Spiegel*-Affäre. Dabei war die Großstadt als Tor zur Welt schon aufregend genug für mich. Lange hat es mich dort dennoch nicht gehalten. Geblieben ist aus dieser Zeit die Nähe zu Gunnar Uldall, dem späteren Abgeordnetenkollegen und Hamburger Wirtschafts- und Arbeitssenator. Nach meiner Rückkehr in den Breisgau trat ich 1964 auch an die Spitze des Freiburger RCDS. Ich interessierte mich indes weniger für hochschulpolitische Fragen, sondern organisierte Diskussionsveranstaltungen zur Innen- und Außenpolitik. Daneben lud ich illustre Persönlichkeiten wie den Schriftsteller Wolfdietrich Schnurre, den Literaturwissenschaftler Hans Mayer oder den Soziologen Ralf Dahrendorf ein. Es machte mir Freude, mich an der Meinung anderer zu reiben. Einen kapitalen Wutausbruch provozierte ich bei einem Seminar des RCDS in einer Bildungsstätte in der Nähe von Bonn, als Karl-Theodor zu Guttenberg, der Großvater des späteren Wirtschafts- und Verteidigungsministers, über den Vietnamkrieg sprach. Guttenberg verteidigte die amerikanische Position gegenüber der kommunistischen Aggression unter anderem mit dem Hinweis, in Vietnam seien schließlich auch unsere katholischen Brüder und Schwestern betroffen – worauf ich mir den Zwischenruf nicht verkneifen konnte, wenn es Protestanten wären, dann wäre es wohl etwas anderes. Den Staatsminister im Bundeskanzleramt veranlasste das, mich in einer Schimpfkanonade kurzerhand zum Kommunisten zu erklären. Die Zeiten waren eben angespannt, das Klima rau. Legendär ist die Geschichte, als Hans Filbinger, damals Innenminister und Landtagsabgeordneter aus Freiburg, offenbar zwei Leute vom Verfassungsschutz zu meiner Zimmerwirtin schickte. Konspirativ blieb der Besuch nicht, meine Zimmerwirtin erzählte mir prompt alles. Mich hat das schon damals amüsiert. Die Filbinger-Erfahrung teile ich übrigens mit dem Theatermacher Claus Peymann, wie er mir einmal erzählte. Bei ihm sollen die Verfassungsschützer eines Tages in der Requisite gestanden haben. Es brauchte nicht viel, um damals den Staat in Aufregung zu versetzen und als links zu gelten, selbst wenn man nur im RCDS oder in der JU etwas wider den Stachel lockte.

Vermutlich lag das daran, dass wir in der Ost- und Deutschlandpolitik für eine stärkere Öffnung eintraten. Wir standen dem von Egon Bahr in Tutzing

formulierten Prinzip »Wandel durch Annäherung« nicht so ablehnend gegenüber wie große Teile der Partei. Dabei hatte, nachdem die Eskalation der Konfrontation zu Beginn des Jahrzehnts durch Mauerbau und Kubakrise in eine stärkere Akzeptanz der Teilung abgekühlt war, auch Ludwig Erhard in seiner Friedensnote 1966 den Ostblockstaaten – allerdings nicht der DDR – Gewaltverzichtsabkommen angeboten; und Kiesinger wollte vorsichtig auf die DDR zugehen, um Erleichterungen für die Deutschen auf beiden Seiten von Mauer und Stacheldraht zu erwirken. Beide hatten aber anscheinend nicht den Mut, ihren Führungsanspruch gegen Hardliner in der Union durchzusetzen, und agierten im Ergebnis zu zögerlich.

Zu meinen wichtigsten Mitstreitern im RCDS zählten meine Stellvertreter Volker Rittberger und Renate Damus (damals noch Haberer). Offenbar bildete der Freiburger RCDS ein ideales Sammelbecken für Studenten, die etwas bewegen wollten, ohne zwingend über ein gefestigtes christdemokratisches Weltbild zu verfügen. Denn der Lebensweg führte beide später in ganz andere politische Richtungen. Rittberger schloss sich der SPD an und wurde 1973 auf den Lehrstuhl für Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Tübingen berufen. Renate Damus wiederum lehrte als Politikwissenschaftlerin in Osnabrück mit dem Schwerpunkt planwirtschaftliche Systeme. Ein eigenes Bild davon hatte sie sich in den frühen sechziger Jahren machen können, als sie regelmäßig ihren in Ost-Berlin lebenden Freund besuchte. Unsere Wahrnehmungen von der Effizienz des DDR-Systems lagen ziemlich weit auseinander; *Die Welt* bezeichnete sie einmal übertreibend als führende »kommunistische Professorin«. An unserer Freundschaft änderte das nichts. Später fand sie den Weg zu den Grünen, wo sie ausgerechnet im Einheitsjahr 1990, als die Partei in ihrer antinationalen Verbohrtheit die Zeichen der Zeit nicht erkannte, neben Hans-Christian Ströbele Bundesvorstandssprecherin wurde. Die Eigenart des Lebens, sehr unterschiedliche Menschen zusammenzubringen, wieder zu trennen und noch einmal zusammenzuführen, gilt beispielhaft für uns beide. 1990 traf ich sie in einer mündlichen Verhandlung beim Bundesverfassungsgericht wieder. Diese Begegnung in Karlsruhe nahm sie später als Aufhänger, um in einem Beitrag zu einer Biografie sehr warmherzig, aber nicht beschönigend, menschlich wertschätzend und doch politisch scharf abgrenzend über mich zu schreiben. Diese Ehrlichkeit und Direktheit habe ich an ihr immer geschätzt. Nach dem Attentat rief sie mich noch im Krankenhaus an und beschwor mich weiterzumachen. Ein letztes Mal traf ich sie 1992,

als sie selbst von einer Krebserkrankung bereits schwer gezeichnet war. Es war für mich ein trauriger Abschied von einer klugen Wegbegleiterin in einer persönlich prägenden Zeit. Für mich bleibt erstaunlich, in welcher unterschiedlichen Richtungen sich nahestehende Menschen entwickeln können.

Mein engster Gefährte in diesen Jahren war aber Meinhard Ade, später Büroleiter von Heiner Geißler im Konrad-Adenauer-Haus und enger Mitarbeiter von Richard von Weizsäcker in Berlin und im Bundespräsidialamt. Er hat einmal über mich gesagt, neomarxistische Systemkritik habe mich, so links der Freiburger RCDS damals gewesen sein mag, nicht infizieren können. Als Ausläufer der APO in der CDU habe er mich nie gesehen. Das stimmt, und diese Einschätzung wird heute niemanden überraschen. Richtig ist aber auch, was Ade über die seltsame Doppelrolle geschrieben hat, die wir als junge Christdemokraten während der Studentenunruhen und des gesellschaftlichen Aufbruchs Ende der sechziger Jahre ausfüllten: Sich an den Universitäten damals zum RCDS, zur Jungen Union oder zur CDU zu bekennen, beförderte einen zwangsläufig zwischen die Fronten. Denn vom politischen Gegner wurden wir für all das mitverantwortlich gemacht, was wir doch selbst als reformbedürftig ansahen und wogegen wir innerparteilich aufbegehrten.

Unser Bild von Achtundsechzig ist stark geprägt von den Ereignissen in Berlin und Frankfurt, aber auch Freiburg ist damals ein heißes Pflaster gewesen. Dafür steht ein ikonisches Bild der Studentenbewegung. 1968 kam es zum legendären Aufeinandertreffen von Rudi Dutschke mit Ralf Dahrendorf auf dem Dach eines VWs. Das geschah am Rande eines Parteitags der FDP, der sich Dahrendorf gerade erst angeschlossen hatte, und gegen den ausdrücklichen Willen der Parteiführung, wie der Gelehrte später berichtete. Vor der Stadthalle lauschten mehrere tausend Zuhörer dem Disput der beiden, den der spätere Bundesinnenminister Gerhart Baum als Vorsitzender der Jungdemokraten initiiert hatte. Viele wurden bestimmt auch davon angezogen, sich ein eigenes Bild vom »Bürgerschreck« machen zu wollen, als den vor allem die Springer-Presse Dutschke mit Hingabe zeichnete. Den VW soll angeblich mein Freund Meinhard Ade dort abgestellt haben. Die beiden Matadore schenkten sich nichts, der eine mit langatmiger Rede voller Lenin-Zitate, wie sich Dahrendorf erinnerte, er selbst angelsächsisch knapp. Beeindruckt haben sie offenbar wechselseitig die Anhänger ihres Gegners, auch wenn am Ende wohl die Mehrheit nicht den APO-Führer, sondern den liberalen Verfechter der parlamentarischen Demokratie als Sieger vom Autodach steigen sah. Der

hat in einem Interview mit dem Bayerischen Rundfunk dazu später lakonisch angemerkt, er habe das Glück gehabt, dass Dutschke offenbar in Eile gewesen sei: »Er musste zur ›nächsten Revolution‹ nach Karlsruhe oder sonst wohin.« Die marxistische Revolution predigte in Freiburg in diesen Jahren mit Karl Dietrich »KD« Wolff ein weiterer führender Kopf der Studentenbewegung und des SDS. Er hat später seine Lebensaufgabe statt im Umsturz als Verleger von Editionen großer Literaten wie Hölderlin und Kafka gefunden. »Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch« – über diese Zeilen Hölderlins, die mir als Politiker in Krisenzeiten ein Leitmotiv geworden sind, würden wir uns vielleicht heute angeregt unterhalten können. In den Sechzigern haben wir noch als Gegenspieler heftig miteinander gestritten. In die Auseinandersetzungen dieser Jahre datieren auch die Anfänge meiner Beschäftigung mit Geschäftsordnungen und all ihren Tricks zum Leiten einer Debatte – ein Handwerkszeug, das mir später im Bundestag nützlich war.

Während wir uns als RCDS und Junge Union an der Uni tapfer gegen den revolutionären Zeitgeist stemmten, versuchten wir gleichzeitig in der CDU, auf Reformen zu drängen. Nicht alles umwerfen, aber verändern, so lautete unser Ansatz. In dieser Mittlerposition, innerhalb der Partei und im Wettstreit mit politischen Konkurrenten, sah ich uns als Jüngere gut aufgehoben. Es ist ein beständiger Prozess, das rechte Maß zu finden, wie viel Veränderung nötig ist. Diese Debatte offen zu führen, hält Parteien aber lebendig. Es braucht immer Kräfte in der Gesellschaft wie in der Partei, die Positionen, in denen wir uns zu selbstverständlich eingerichtet haben, infrage stellen und unter Druck setzen. Ich bin deshalb verwundert, wenn ich heute gelegentlich beobachte, wie sich als Symptom der Frühvergreisung Teile der jungen Generation in der CDU rechts vom Mainstream positionieren. Sie müssten meines Erachtens vielmehr den Teil innerhalb der CDU verkörpern, der auf Veränderungen drängt und die Partei dazu zwingt, auf neue Herausforderungen in einer veränderten Zeit andere und bessere Antworten zu geben. Die Älteren meinen natürlich immer, dass die Jüngeren nicht mehr so gut sind, wie sie selbst. Ich versuche eigentlich, dem zu widerstehen, aber hier gelingt es mir nicht. Wir waren damals frecher, aufmüpfiger, vielleicht auch mutiger und selbstbewusster. Ich überlege oft, woran das liegen mag. Das Parteienspektrum hat sich in den vergangenen Jahrzehnten als Folge gesellschaftlicher Veränderungen überall in Europa mehr oder minder grundlegend gewandelt. Auch die CDU hat sich unter Angela Merkel – es ist ihr Verdienst! – für diese Entwicklungen

geöffnet, allerdings um den Preis, dass die Integration vom rechten Spektrum der Gesellschaft hin zur gesellschaftlichen Mitte und Mäßigung als Voraussetzung für eine nachhaltig stabile Demokratie nicht mehr ausreichend gelungen ist. Ob das unvermeidlich war und so bleibt, wird eine spannende Frage der kommenden Jahre sein. Soweit diese Analyse richtig ist, könnte darin jedenfalls eine Erklärung dafür liegen, warum Jüngere in der CDU ihre Rolle heute anders wahrnehmen als wir früher.

Einfluss nimmt wohl auch, dass die Jüngeren – nach meiner Beobachtung in fast allen Parteien – ihr politisches Engagement sehr viel früher mit ihren Bildungswegen und beruflichen Planungen verbinden. Die Zahl von Praktikanten, Assistenten, Beratern im politiknahen Umfeld, die es in den sechziger Jahren nur sehr vereinzelt gab, hat sich in einem solchen Maß erhöht, dass ich Jüngeren eher abräte, diesen Weg zu gehen – zumal er dann häufig zu dem naheliegenden Wunsch nach einem eigenen politischen Mandat führt. Das aber ist im Hinblick jedenfalls auf mein Verständnis von Repräsentation eher problematisch, denn es ist nicht nur wichtig, dass die Abgeordneten vielfältige Lebens- und Berufserfahrungen einbringen, sondern es ist für die eigene Unabhängigkeit und den Mut, Meinungen auch gegen die Partei- oder Fraktionsführung zu vertreten, immer hilfreich, über berufliche Alternativen zu verfügen. Mir ist klar, dass diese Sichtweise den Widerspruch der Jüngeren findet. Aber das ist gut, denn ich bin überzeugt, es braucht Widerlager. Druck und Gegendruck. Das scheint mir ein Missverständnis auch der engagierten jungen Aktivisten in der Klimabewegung zu sein, die in mir bloß den Vorgesetzten sehen möchten. Ich nehme sie in ihrem Anliegen, das ich teile, sehr ernst – so ernst, dass ich ihnen in manchen ihrer politischen Schlussfolgerungen widerspreche. Das Schlimmste, was ich als Älterer den Jungen antun kann, ist doch, dass ich ihnen den Widerspruch verweigere, gegen den sie sich durchsetzen müssen. Wenn junge Kollegen heute zu mir kommen und mich fragen, was ich für sie tun kann, antworte ich ihnen deshalb: »Durchsetzen müssen Sie sich schon selbst«. Ich habe in meiner Jugend auch an vielem gerüttelt, um gehört zu werden. Da bin ich bei Hans Maiers Bild von den Gänsen, bei denen man den Korb immer ein bisschen höher halten muss, damit sie lernen, den Hals zu strecken.

Ihren Kampf führte die Studentenbewegung damals gegen Autoritäten und alles, was als autoritär empfunden wurde. Das sind allerdings grundverschiedene Dinge. Eine Autorität ist im besten Fall jemand, den man respektiert.

Wenn man aber Respekt hat, darf man auch widersprechen und muss sich nicht einschüchtern lassen. Ist das anders, geht es autoritär zu. Die Maßlosigkeit in der Verachtung für den Staat, den man im außerparlamentarischen Protest der sechziger Jahre genauso als patriarchalisch verkommen empfand wie den tausendjährigen »Muff unter den Talaren«, blieb mir daher in vielerlei Hinsicht fremd. Trotzdem haben auch wir jungen Christdemokraten damals gespürt, dass es nicht einfach so weitergehen kann. Für mich gehört zu den unbestreitbaren Verdiensten der Achtundsechziger-Bewegung ihr Beitrag dazu, ein längst als bleiern empfundenes Beschweigen zu brechen. Das hat zwar zu vielen Verletzungen geführt, war aber die Voraussetzung, um einen Prozess der Aufarbeitung in den Familien und in der Breite der Gesellschaft anzustoßen. Der Impuls der Achtundsechziger hat dazu genötigt, eine eigene Haltung zur deutschen Vergangenheit zu finden – auch wenn es vieler weiterer hitziger Debatten bedurfte und sich mit jeder Generation immer wieder neue Fragen an die deutsche Geschichte stellen.

Druck auf die bestehenden Verhältnisse war damals dringend notwendig. Auch mit Blick auf das in vielem hemmende Korsett der Geschlechterrollen und Moralvorstellungen, die wir Jüngeren aus unseren Elternhäusern im Gepäck trugen – gerade wenn man aus einem eher kleinstädtisch begrenzten Milieu kam, weit weg von der Freizügigkeit der Großstadt. Da war so vieles verlogen. Dass etwa mein jüngerer Bruder mit seiner späteren Frau in Freiburg bereits zusammen wohnte, war meinen Eltern nicht verborgen geblieben. Sie wollten aber nicht wissen, was sich vermeintlich nicht gehörte. Dabei hatten die Eltern meiner Mutter selbst erst geheiratet, als sie bereits unterwegs war – und sie hatte noch dazu eine ältere Schwester. Deswegen war Achtundsechzig in gewisser Weise für alle eine große Befreiung, auch wenn ich um die Bedeutung von Gewohnheiten und Ritualen, gerade auch von Institutionen weiß, die das Leben regeln und damit teilweise auch erleichtern. Dass damals aber eine Ära und mit ihr ein bestimmter Zeitgeist und Lebensstil an ein Ende gekommen war, spürten wir alle. Und dass es in den auch weltpolitischen Umbrüchen der Gegenkräfte aus der Gesellschaft bedurfte, scheint mir von heute aus gesehen offensichtlich. Ich teile jedenfalls die Meinung anderer kluger konservativer Köpfe, der Studentenbewegung sei bei aller Maßlosigkeit und ideologischen Verirrung zugutezuhalten, dass sie einen zumindest dazu zwang, besser zu begründen, wofür man eigentlich steht.

ENTFREMUNG VON DER ADENAUER-CDU

Rückblickend erkenne ich in den sechziger Jahren vor allem eine lange Übergangsphase von der Nachkriegszeit in eine neue Epoche. Diese Zeitenwende für die Bundesrepublik, aber auch für die CDU, passierte nicht plötzlich, sondern zog sich über ein Jahrzehnt in einem für Gesellschaft wie Partei mühsamen Prozess bis zur Wahl Willy Brandts hin. Ein Gefühl der Entfremdung von Adenauer hatte bei mir bereits mit der eher peinlichen Bundespräsidentenepisode 1959 begonnen. Gegen Ende der Amtszeit von Theodor Heuss kündigte Adenauer seine eigene Kandidatur an, allerdings mit dem vom Grundgesetz nicht gedeckten Amtsverständnis eines nicht nur repräsentierenden, sondern politisch gestaltenden Bundespräsidenten. Adenauer hatte wohl die Rolle von de Gaulle in Frankreich vor Augen. Als ihm klar wurde, dass dies nicht umsetzbar war, zog er zurück und trat stattdessen noch einmal als nun öffentlich beschädigter Kanzler an.

In den Folgejahren bin ich zunehmend kritischer geworden. Die Bundestagswahl 1961 bedeutete insofern eine Zäsur, als die Union nicht nur die absolute Mehrheit verlor, sondern erstmals überhaupt weniger Stimmen als in der Wahl zuvor errang. Und dass Adenauer im Wahlkampf, der vom Mauerbau in Berlin überschattet war, derart gegen Willy Brandt »holzte«, fand ich mit vielen jungen Mitstreitern auch nicht toll. Seine Rede von »Brandt alias Frahm«, womit der Kanzler in der aufgewühlten Stimmung wenige Tage nach dem Mauerbau auf das rote Proletarierkind und den Exilanten zielte, war schlicht unanständig. »Keine Experimente«: Der Nimbus des Unberührbaren blätterte vom Kanzler ab – mit tatkräftiger Unterstützung der Liberalen, die den Kanzlerwechsel 1963 erzwangen. Eine echte Alternative hatte sich uns jedoch nicht aufgedrängt. Allenfalls Bruno Heck, Heinrich von Brentano oder Gerhard Schröder zeigten Potenzial, und natürlich hatte Ludwig Erhard als Vater des Wirtschaftswunders Format. Allerdings machten wir dann die Erfahrung, dass ein herausragender Minister nicht automatisch auch zum überzeugenden Kanzler taugt. Erhard mangelte es – wie von Adenauer vorhergesehen, dessen Bundespräsidentenkandidatur letztlich darauf abgezielt hatte, Erhards Einfluss einzuhegen – an Souveränität im Amt, und es fehlte ihm in den außen- und innenpolitischen Konflikten seiner Amtszeit schnell an der nötigen Autorität.

Das anschwellende Gefühl, dass sich etwas ändern muss, galt für viele Bereiche in Politik und Gesellschaft, nicht zuletzt für die Wirtschafts- und Finanzpolitik. Ludwig Erhard war damals selbst bitter enttäuscht darüber, was aus »seiner« Sozialen Marktwirtschaft geworden war. Die wenigsten, die mit ihm vor allem den Zigarre rauchenden Wohlstandsbauch des Wirtschaftswunders verbinden, wissen noch um die erbitterte Auseinandersetzung, die er mit der Großindustrie um die Kartellgesetze ausfocht. Kohl hat dazu oft eine erhellende Geschichte erzählt. Als er Parteivorsitzender war und einen Geburtstagsempfang für Erhard plante, ließ sich dieser die Gästeliste zeigen, um daraufhin eigenhändig nach und nach alle Repräsentanten der großen Unternehmen und Verbände von der Liste zu streichen. Erhards Ideal war eine prosperierende Mittelstandsgesellschaft, während er den großen Industriellen gegenüber immer distanziert blieb. In der 1966 gebildeten großen Koalition aus Union und SPD war es dann insbesondere der Sozialdemokrat Karl Schiller, der mit Franz Josef Strauß zu einem modernen Verständnis beitrug, welche Rolle der Staat bei den Grundfragen der Wirtschaftspolitik zu spielen hat. Aber auch in Fragen der sozialen Sicherung und bei der Gewährung von gerechteren Bildungschancen für alle Schichten der Gesellschaft gab es damals Reformbedarf. Wir jüngeren Christdemokraten hatten uns in Freiburg aufgrund der Initiative »Student aufs Land« von Ignaz Bender engagiert an Bildungskampagnen beteiligt, die im ganzen Land dafür warben, mehr Schülern höhere Bildungsabschlüsse zu ermöglichen.

Aus dieser bewegten Zeit hat sich das Jahr 1968 mir weniger wegen der Studentenproteste oder des weiter eskalierenden Vietnamkriegs, sondern vor allem durch die Ereignisse in der Tschechoslowakei ins Gedächtnis eingeprägt. Meine Erinnerungen an den »Prager Frühling« sind dabei andere als die, von denen mir heute Freunde und Kollegen berichten, die damals auf der anderen Seite der Mauer lebten. Sie waren durch die mögliche Beteiligung der NVA an der gewaltsamen Niederschlagung der »Tauwetter«-Politik unter KP-Führer Alexander Dubček viel unmittelbarer betroffen und empfanden diese Zeit als auch persönlich furchtbar belastend. Für mich im Westen bestätigte sich nur erneut, was wir seit dem Aufstand vom 17. Juni 1953 in Ost-Berlin und den Ereignissen in Polen und Ungarn bereits zu wissen glaubten: Wenn die Menschen mit ihrem Freiheitswillen ernst machten, dann rollen die sowjetischen Panzer. Deshalb fehlte es uns auch an Fantasie, wie die Teilung Deutschlands jemals überwunden werden könnte und die Konfrontation der beiden Blöcke

angesichts der gegenseitigen Vernichtungsfähigkeit ohne eine Katastrophe enden sollte. Zumindest wies in diesen Jahren ein auf den belgischen Außenminister Pierre Harmel zurückgehender Bericht sicherheitspolitisch neue Wege, indem er das nordatlantische Verteidigungsbündnis aufforderte, die richtige Balance zwischen einer Politik der Entspannung und der militärischen Stärke zur notwendigen Abschreckung zu wahren. In der Folge löste das Konzept, auf Konflikte flexibel zu reagieren, die von John Foster Dulles geprägte »massive Vergeltung«, also den vernichtenden atomaren Gegenschlag, als NATO-Nuklearstrategie ab.

DOCH EIN »VATERMORD«? REVOLUZZER IN DER CDU

Auch die Freiburger CDU war in den sechziger Jahren ein Fall für eine Auffrischungskur. Die Honoratiorenpartei verströmte die angestaubte Aura des klassischen Freiburger Bildungsbürgertums und war vor allem noch immer stark vom bischöflichen Ordinariat beeinflusst. Es brauchte Erneuerung, personell und inhaltlich. Als Studenten galten wir als die frechen Jungen und hatten den Malus, zumeist nicht aus Freiburg zu stammen. Die arrivierten Mitglieder in der Jungen Union, die zum Teil im Stadtrat saßen oder auf Landesebene Parteiämter innehatten, gaben sich uns gegenüber verschlossen – zum einen weil man davon ausging, dass das Engagement nicht von Dauer sein würde, zum anderen aufgrund offensichtlicher Vorbehalte gegen den akademischen Geist, der mit den Studenten in die Partei einzuziehen drohte.

Ich war dennoch bald Kreisvorsitzender der Jungen Union, und in dieser Funktion boten sich mir neue Möglichkeiten, auch innerhalb der Freiburger CDU Einfluss zu nehmen. Bei der Nominierung von Bundes- und Landtagskandidaten spielte die JU traditionell eine nicht unwichtige Rolle. Mit der Wahl des reformfreudigen Freiburger Stadtkämmerers Hans Evers zum neuen Bundestagskandidaten gelang uns 1969 ein echter Coup. Im Juli berichtete sogar der *Spiegel* in einer Titelstory unter dem vielsagenden Titel »Die Vatermörder« von den Ereignissen in Freiburg. So gesehen erlebte ich auf der Ebene der Partei dann also doch noch den Generationenkonflikt, den ich in meiner Familie nicht austragen musste. Nebenbei bedeutete der Artikel meine erste Erwähnung in dem Magazin, das mich jahrzehntelang begleiten sollte.

Es lohnt, Passagen aus dem Artikel zu zitieren, weil darin die Zeitstimmung, wie ich sie erlebt habe, treffend eingefangen ist: »Die Kandidaten-Kür 1969 [war] ganz anders als sonst. Im dritten Jahr der großen Koalition, im Jahr nach Dutschke, Notstandsgesetzen und Vorbeugungshaft-Plänen bekehrten junge Opponenten allenthalben gegen das alteingesessene Partei-Management auf. Zum ersten Mal schwappte eine Grundwelle von Kritik und Kampfbereitschaft ins Kandidaten-Palaver und brachte den ehrwürdigen Prozeß der Klüngelei durcheinander. Statt allein Anciennität und Parteiverdienste, Wünsche von Interessenten und Mächtigen, Vereinsmeierei und Dorfpolitik im Hinterzimmer gegeneinander aufzuwiegen und den passenden Bewerber dann durch Akklamation wählen zu lassen, mußten die Kandidatenmacher sich in nie gekanntem Umfang zum offenen Gefecht stellen.« Das Parteiestablishment fühlte sich nicht nur in Freiburg, sondern vielerorts von der ungewohnten Aufmüpfigkeit des Parteienwachstums überfahren, nicht überall gelang es den »Rebellen« indes gleichermaßen erfolgreich, die Altvorderen tatsächlich in die Knie zu zwingen. Im südbadischen Wahlkreis 190 trat mit Hermann Kopf, damals fast siebzig Jahre alt und seit zwanzig Jahren im Bundestag, immerhin der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses an. Ein hochgebildeter und angesehener Rechtsanwalt, eng vernetzt mit dem bischöflichen Ordinariat. Reden war seine Stärke allerdings nicht, und es wurde böse kolportiert, er habe in zwanzig Jahren nicht ein Mal im Plenum des Bundestags gesprochen. Zum ersten Mal seit 1949 sah er sich nun mit einem Gegenkandidaten innerhalb der Partei konfrontiert. Einen amtierenden Abgeordneten nicht wieder für die nächste Wahl aufzustellen, war damals selten. Der *Spiegel* attestierte uns »Kopffäger[n] der Jungen Union«, mit »organisatorischem Geschick und Selbstbewußtsein« vorgegangen zu sein – und ich war in dieser Auseinandersetzung mittendrin.

Mit Hans Evers trat ein Anfang Vierzigjähriger mit dem Willen an, die CDU zu modernisieren. Ein Zugezogener, noch dazu Protestant. Während Hermann Kopf, als er im Wahlkampf einmal nur widerstrebend den Weg auf den Fußballplatz gefunden hatte (damals noch zum traditionsreicheren FC Freiburg, nicht zum heute bekannten SC), uns nach einiger Zeit fragte, was denn die zwei Käfige auf beiden Seiten des Platzes sollen, war Evers Vorsitzender der Freiburger Turnerschaft, eines der damals entstehenden modernen städtischen Großvereine. Schon das nahm ihn natürlich für mich ein, außerdem war er eloquent und genoss als Stadtkämmerer einen guten Ruf.

Der Wahlkreis teilte sich in zwei Kreisverbände, den der Stadt Freiburg und den des Landkreises, die jeweils auf Parteitag zu wählende Delegierte entsandten. Da von vornherein klar war, dass der Kreisverband Freiburg-Land weitgehend geschlossen für Kopf stimmen würde, mussten wir dafür sorgen, dass die von Freiburg-Stadt zu wählenden Delegierten genauso geschlossen für Evers stimmten. Dazu erstellten wir Listen mit Unterstützern und sprachen mit jedem Einzelnen persönlich. Am Ende wurde Evers trotz des geschlossenen Votums der Landkreisdelegierten nominiert. Er gewann später auch die Wahl, bei der ich ihn als Wahlkampfleiter unterstützte, und blieb bis 1980 im Bundestag. Als ich ins Parlament einzog, wurde er mir ein wichtiger Förderer.

Das Ergebnis bedeutete eine herbe Niederlage für das Establishment der Freiburger CDU und einen Triumph für uns Jüngere. Dafür nahm ich gern in Kauf, als stellvertretender Kreisvorsitzender der CDU nicht wiedergewählt zu werden. Solche Niederlagen gehören dazu. Wer die Neigung hat, an der Spitze zu stehen, zu führen und zu gestalten, muss auch das akzeptieren. Dass wir uns mit unserer Aktion nicht nur Freunde schaffen würden, war ohnehin klar, dafür aber hatte ich mir nun einen Namen gemacht. Demokratie bedeutet auch innerparteilichen Wettbewerb, das mussten alle Parteien in der Bundesrepublik erst lernen, und der Kandidatenwechsel in Freiburg war unser Beitrag zur allmählichen Umformung der CDU von unten. Wir wollten sie zu einer modernen Volkspartei machen und sie auf diese Weise in der Konkurrenz zur Brandt-SPD wettbewerbsfähig halten. Dass sich die Hoffnung damals vor allen anderen in der Partei an Helmut Kohl knüpfte, wissen heute nur noch die Älteren. Während Kohl heute das von der links-liberalen, sich selbst ausschließlich für intellektuell haltenden Meinungsführerschaft zugeschriebene Zerrbild des unsensiblen Aussitzers anhaftet und am Ende seiner langen Amtszeit als Parteivorsitzender und Bundeskanzler tatsächlich ein gewisses Maß an Erstarrung und Sättigung erreicht war, galt er damals, Ende der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre, als großer Reformier. Und das war er auch.

In Rheinland-Pfalz hatte er sich gegen den seit 1947 amtierenden Ministerpräsidenten Peter Altmaier durchgesetzt und versammelte in seiner Regierung zahlreiche interessante und kluge Köpfe, darunter Heiner Geißler, Bernhard Vogel, Hanna-Renate Laurien oder Roman Herzog. Seine Fähigkeit, sich mit starken Persönlichkeiten zu umgeben, hatte er gezeigt, als er Richard von

Weizsäcker und Norbert Blüm über die rheinland-pfälzische CDU, deren unumstrittene Führungsfigur er war, Bundestagsmandate verschaffte. Ich traf Kohl erstmals im Sommer 1971 beim Bezirkstag der Jungen Union Südbaden, die ich inzwischen führte. Im Oktober, als er beim Saarbrücker Parteitag zunächst noch vergeblich nach dem Parteivorsitz griff, konnte er auf uns zählen. Kohl bedeutete für uns – mehr als der ebenfalls noch recht junge Rainer Barzel – Zukunft. Zum ersten Mal in der Parteiengeschichte der Bundesrepublik hatten sich in Saarbrücken zwei Kandidaten für den Parteivorsitz beworben. Es war etwas in Bewegung geraten, gerade auch in der CDU. In seiner Parteitagsrede sprach Kohl von einer »Art Deutschland-Uraufführung« – über zwanzig Jahre nach Gründung der Bundesrepublik. Und er würdigte es als »Ertrag der Demokratie-Diskussion der letzten Jahre, nicht zuletzt aus der jungen Generation in unserem Lande«.

Nach dem Erfolg in Freiburg hatten wir bereits das nächste Ziel vor Augen: Wir wollten auch den Landesverband der Jungen Union Südbaden in Schwung bringen. Meinhard Ade war dort im Landesvorstand das Vorauskommando gewesen, und im Dezember 1969 wurde ich in Bad Dürkheim an die Spitze der JU Südbaden gewählt. Rückblickend wundere ich mich, wie viele Dinge in dem aufregenden Jahrzehnt an mir auch vorbeigegangen sind, was ich alles durch die Fixierung auf mein politisches Engagement versäumt habe. In der Musik etwa die Herz- und Nierenprüfung vieler in meiner Generation, ob Beatles oder Rolling Stones, der *summer of love '67*, das Festival von Woodstock. Ich kenne das eher aus nostalgischen Rückblicken im Fernsehen. Politisch hatte ich viele Entwicklungen dieser Jahre, wie ich heute weiß, noch gar nicht wirklich begriffen. Vielleicht lag es an der behüteten Kindheit, an meinem konfliktfreien Aufwachsen, was mich in viele Auseinandersetzungen einfach reinstolpern ließ. Von heute aus muss ich manche Dinge anders einordnen und für mich selbst neu bewerten. Für den Krieg der USA in Vietnam, den ich in seiner Komplexität erst später durch die Lektüre vieler Bücher besser verstanden habe, gilt das allemal. Die damaligen Proteste wirkten in ihrem Antiamerikanismus auf mich bloß abstoßend, in der Art der Sprechchöre eher skurril. Ich war mir in meiner Haltung zu sicher, war überzeugt, dass auch am Mekong unsere Freiheit verteidigt würde und die Amerikaner als unsere Schutzmacht das Richtige und Notwendige täten. Allerdings werden wohl die meisten unter den damals »Ho-Ho-Ho Chi Minh«-rufenden Demonstranten, die für mich einfach nur irregeleitete Kommunisten waren,

angesichts der grausamen Verbrechen, die die Kommunisten nach dem Rückzug der Amerikaner verübten, heute ähnlich selbstkritisch zurückblicken.

Manches würde ich also heute, wenn ich noch mal jung wäre, anders machen. Ich würde mich mehr mit Geschichte beschäftigen, mit Ökonomie, vor allem auch mit den Sozialwissenschaften. Tiefer bohren bei dem, was mich interessiert. Es nicht früher getan zu haben, bedaure ich zwar, aber die Zeit kann auch ich nicht zurückdrehen.

1968 hatte ich mein Rechtsreferendariat begonnen. Die Wahlstation machte ich beim Finanzgericht, nachdem ich mich im Studium besonders mit dem Steuerrecht beschäftigt hatte. Inzwischen hatte ich die Liebe meines Lebens, meine Frau, dafür gewonnen, meinem Werben nachzugeben. Ich hatte dabei versprochen, die Politik nicht zu meinem Beruf zu machen, was mir nicht schwerfiel, weil ich das gar nicht beabsichtigte. Im August 1971 kam unser erstes Kind zur Welt. Meine Frau betont bis heute, dass sie nie einen Politiker hätte heiraten wollen. Und ich? Ich wollte eigentlich längerfristig Anwalt werden. Meine Examensnoten ließen mir die freie Auswahl. Mit einer Untersuchung über »Die berufsrechtliche Stellung der Wirtschaftsprüfer in Wirtschaftsprüfungsgesellschaften« war ich inzwischen auch promoviert.

Nach fünfzig Jahren im Parlament kennt mich eigentlich jeder nur als Abgeordneten. Dabei habe ich vor meiner Zeit im Bundestag einen Beruf ausgeübt. Nach dem zweiten juristischen Staatsexamen folgte ich dem Rat meines älteren Bruders und ging in die baden-württembergische Steuerverwaltung, um mich als Wirtschaftsanwalt weiterzuqualifizieren, zuletzt im Finanzamt Freiburg als Regierungsrat, und damit Beamter auf Lebenszeit. Eigentlich eine sichere Perspektive. Doch im Sommer 1972 kam es dann zu einem jener Momente in meinem Leben, in dem sich vieles auf einmal verdichtete und sich eine überraschende Möglichkeit eröffnete.